

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Aboonimentspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.—Mf., bei Selbstabholung 5.50 Mf. Durch die Post bezogen vierwöchentlich 18.—Mf. für einen Monat 6.—Mf. — Preis der Einzelnummer 20 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — Postscheckkonto Nr. 63477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13003. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4500

Interatenpreis: Die 7 geballte Kolonelzelle oder deren Raum 1.90 Mf., bei Blattvorwahl 2.00 Mf.; Familiennachrichten, die 7 geballte Zelle 1.70 Mf. Reklame-Kolonelzelle 7.50 Mf. — Telefon für die Interaten-Abteilung 2721 Stilus der Interaten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zwangsgeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die bayerische Volkspartei gegen die Rücksichtnahme Kahr's.

Absage an die Deutschnationalen.

München, 15. September. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Bewährungen der Deutschnationalen, den höheren Ministerpräsidenten Kahr neuerdings zum Ministerpräsidenten zu machen, werden eifrig fortgeführt. Wie haben von Anfang an erklärt, daß diese Versuchungen zur Erfolglosigkeit verurteilt sind. Jetzt wendet sich die bayerische Volkspartei mit alter Entschiedenheit gegen die deutschnationalen Einflüsse und darin darf wohl eine Bestätigung unserer Aussage erachtet werden. Kahr ist endgültig erledigt. Die bayerische Volkspartei hat jetzt auch eingesehen, daß die Deutschnationalen die nationalistische Bewegung nur für ihre separatistischen Zwecke missbraucht haben. Die bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt dazu, daß die deutschnationale Politik sich erst in dem Augenblick auf Bayern bekenne habe, als man vermeinte, Bayern für die eigenen politischen Pläne missbrauchen zu können. Diese Politik habe auch den Ausgleich mit dem Reich mit allen Mitteln zu hinterbrechen versucht. Sie habe sich vor allem für die Erhaltung des bayerischen Ausnahmestandes eingesetzt, weil sie hoffen kann, im Schatten des Ausnahmestandes ihre partizipatorischen Ziele fördern zu können. Unter dem Deckmantel des Angriffen gegen die Revolution verfolgen Kreise, die dieser Politik nicht fern seien, Zwecke, die sich von revolutionären Zielen in nichts unterscheiden. Das bayerische Volk seiene jene revolutionären Geocenrevolutionäre von rechts ab, die sich der verderblichen Gewalttat und des sogenannten Mordens bedienen. — Dieses ist wohl eine Absage an die Deutschnationalen, die als deutlich genug auch von diesen empfunden werden wird.

Keine Spur von den Mörtern Gareis?

Zus. München wird uns geschrieben:

Die Münchner Polizeidirektion steht kurz nach der Ermordung des Genossen Gareis erläutert, daß es sich um keinen politischen Mord handle. Inzwischen, nach dreimonatlichen Ermittlungen, hat die Münchner Polizei aber doch schon festgestellt, daß es sich um einen politischen Mord handelt. Das wurde einem Münchner Gewerkschaftsbeamten gelegentlich seiner Vernehmung in der Mordsache mitgeteilt. Das ist immerhin schon ein Fortschritt. Wir vermissen aber die sonst übliche Geschäftigkeit der Polizeidirektion, diese neue Feststellung sofort der Presse zu übermitteln, wie sie das in andern Fällen stets getan hat, insbesondere wenn es sich um Feststellungen handelt, die sich gegen Arbeiter richteten.

Wir sind aber in der Lage, der Münchner Polizeidirektion bei ihren Nachforschungen nach den Mörtern des Abgeordneten Gareis behilflich zu sein. Wir empfehlen ihr, sofort alle Zeugen nochmals zu vernehmen, die in der Mordnacht, in der letzten Versammlung und in der Straßenbahn, mit der Gareis nach Hause fuhr, einen jungen Menschen beobachteten, der ihnen auffiel. Wenn diesen Zeugen das Bild des Studenten Heinrich Tillesen, des einen Mörders Erzbergers gezeigt wird, dann wird die Münchner Polizei sehr schnell feststellen können, daß der Mörder Erzbergers auch der Mörder des Abgeordneten Gareis ist.

Ein Zeitungsverbot in München.

München, 15. September. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der Polizeipräsident Pöhner hat das Heimatland, das ehemalige Organ der Einwohnerwehr, bis auf weiteres verboten. Das Verbot wurde ausgesprochen wegen des in unserm Lettartikel vom 12. September erwähnten Artikels dieses Gerichts-DORGANES.

Herr Pöhner scheint den Anschein der Unparteilichkeit anzustreben. Wird nichts mehr nützen.

Frankösisches Misvergnügen.

Berlin, 15. September. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der französische Ministerpräsident Briand wird, wie dem Berliner Tageblatt gemeldet wird, am 9. Oktober seine große Rede in Saint Nazaire halten. In diesem Zusammenhang schreibt der Abgeordnete Dutrem im Journal: Frankreich ist isoliert, die Entente besteht nur noch dem Wort nach. Frankreich findet England überall vor sich oder neben sich. Verschiedene amerikanische Staaten stehen gegen Frankreich. Die Vereinigten Staaten lehnen es trotz ausgeschickter platonischer Kundgebungen ab, die französische Politik zu unterstützen. Sie halten dabei den Dollar-Kurs auf einer Höhe, der Frankreich ruinieren. Auf Spanien und Italien sei auch nicht zu rechnen und Deutschland sei unter dem Schild einer Republik in monarchischer Form von Nachgelassenheit erfüllt und bereit, einen Vertrag nicht auszuführen, von dem die Alliierten selber täglich ein wenig abröhren. Das sei die gegenwärtige Lage vom internationalen Gesichtspunkt aus. Und im Innern sei es auch nicht viel besser.

* Haag, 15. September. (T.U.) Der Londoner Korrespondent des Niederländischen Handelsblad meldet, er habe aus

guter Quelle erfahren, daß Doumers Besuch in London bezeichnete, eine Verhandlung des Verhailler Vertrages zu erzielen. Der britische Schatzkanzler Horne habe aber erwidert, dies sei ohne die Teilnahme des anderen Märkte nicht möglich. Der Korrespondent des Handelsblad sagt hierzu, daß Frankreich wahrscheinlich auf eine Verkürzung des Vertrages gedrängt habe, besonders hinsichtlich der Freistellung der Bevölkerung des Rheinlandes, welche Frankreich als sicherste Garantie gern länger als fünfzehn Jahre andauern lassen wolle.

Fortschreibung der Wiesbadener Versprechungen

Paris, 14. September. Der Initiativgeant bestätigt die Meldung eines Berliner Blattes, wonach in Kurzem mit einer neuen Zusammenkunft zwischen Poncaré und Dr. Rathenau in Wiesbaden zu rechnen ist. Die Versprechungen sollen dem Abschluß des vierten Nebengommens über die wirtschaftlichen Reaktionenleistungen für die Industrie, die Viehherden, die Rohstofflieferungen und das Eisenbahnmaterial dienen, über die man sich das letztemal nicht zu einigen vermochte. Es sei nicht ausgeschlossen, daß das Abkommen bereits zum 1. Oktober verfügt werden könne. Das hänge in erster Linie von der Reparationskommission ab, deren Meinung vor der endgültigen Ratifikation gehört werden müsse.

Gegen die Aufrechterhaltung der Sanktionen.

Bamberg, 14. September. Die öffentlich-rechtliche Abteilung des Deutschen Juristentages trat heute vorzeitig unter dem Vorsitz des Kammergerichtspräsidenten Dr. von Staff-Berlin zusammen und beschloß sich mit den Sanktionen. Nach Berichten von Professor Dr. Meurer-Würzburg und dem österreichischen Justizminister a. D. Dr. Klein-Wien wurde folgende Entscheidung angenommen:

Der Deutsche Juristentag spricht als seine einmütige Überzeugung aus, daß die sogenannten Sanktionen widerrechtliche Gewaltmaßnahmen sind. Sie verletzen den Versailler Vertrag und das Völkerrecht.

Köln, 15. September. (T.U.) Der Vorstand des Städtekreisverbandes der Deutschen Demokratischen Partei hat eine Entscheidung gefaßt, in der gesagt wird: Das Fortbeliehen der wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen verstößt gegen die anerkannten Regeln des Börsenbundes und den Versailler Vertrag. Diese Leute, die für die Aufrechterhaltung der Sanktionen auftreten, werfen Deutschland Nichteinhaltung des Friedensvertrages vor. Deutschland hat nach Kräften den Versailler Vertrag erfüllt. Die wirtschaftlichen Sanktionen gefährden die Wirtschaftschaft des gesamten Deutschlands, vor allem des besetzten Gebietes, zu einer Zeit, in der die wirtschaftlichen Zusammenbrüche des Reiches droht. Die militärischen Sanktionen vergiften das politische Leben des deutschen Volkes.

Aufhebung des Streikrechts im besetzten Gebiet.

Aus Duisburg berichtet die Telegraphen-Union: Der Kommandierende General der Duisburger Besatzungstruppen ließ den Duisburger Arbeitergewerkschaften durch den Oberbürgermeister ein Schreiben zugehen, in dem betont wird, daß die Besatzungsbörde nichts dagegen einzuwenden habe, daß die Arbeiter alle ihnen zu Gebote stehenden geleglichen Mittel anwenden, um eine Besserung ihrer Löhne herbeizuführen, daß sie aber anderseits darauf bestehen, daß die Anordnungen, die sie bezüglich des Streiks getroffen habe, unter allen Umständen beachtet werden. Ein Streik der öffentlichen Betriebe oder der ihnen angeschlossenen Betriebe, selbst wenn er nur einige Stunden dauere, würde nicht gebündet werden. Wenn sich zwischen Unternehmern und Arbeitern eine Einigung nicht erzielen lasse, so hätten sich die Parteien an die laut Anordnung vom 24. August 1921 eingehend bezeichneten Schlittungsorganisationen zu wenden. Zu widerhandlungen werden mit strengen Strafen geahndet.

Oltwig von Hirschfeld wieder in Haft?

Berlin, 14. September. (T.U.) Wie die Tel.-Union erfährt, ist die Mitteilung, daß der Fähnrich Oltwig von Hirschfeld sich in Freiheit befindet, unrichtig. Hirschfeld verbüßt seit dem 10. September den Rest der wegen seines damaligen Attentats auf Erzberger auferlegten Strafe.

Eine Bestätigung dieser Meldung von anderer Seite liegt bis jetzt nicht vor.

Die neuen englisch-irischen Verhandlungen.

Berlin, 15. September. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) In der Sitzung des irischen Parlaments vom 14. September wurde die Antwort an Lloyd George besprochen und gutgeheissen. Es wurde eine irische Delegation erkannt, die mit der britischen Regierung verhandeln wird. Richard Griffith wird Führer dieser Delegation sein. Außer Griffith gehören Collins, der Führer des irischen Heeres und vier weitere Mitglieder des Sinn Féin-Parlaments der Abordnung an. De Valera wird an den Verhandlungen nicht teilnehmen.

London, 15. September. (T.U.) Die außerordentliche Sitzung des Unter-Parlaments beginnt am 20. September. — Man erwartet eine Bereitwilligkeitsklärung der Regierung zu den Versprechen Südwales und Nordirland, wenn die Rechte des Nordens künftig gewährleistet werden.

Die Bruttstätten des Meuchelmordes.

Bayern und Schlesien.

Als Erzberger ermordet wurde, knapp 10 Wochen nach der Ermordung unsres Genossen Garels, richteten sich alle Blicke nach München. Allgemein war die Empfindung, daß auch dieser Mord in der Münchner Mörderzentrale geplant und von München aus verübt worden sei. Ganz instinktiv latzt sich der Verdacht gegen die Zufluchtsstätte aller Gegenrevolutionären und Mordheiter auf. Aber Pöhner und seine Polizei wußten natürlich von nichts. Und die Behauptung, daß dieser Mord in der Atmosphäre ausgebrütet worden sei, die die Regierung Kahr-Roth in Verbindung mit Herrn Pöhner geäußert hat, erregte die sitzliche Entrüstung aller derer, die für diese vollkommenen Unschuldslämmer und Ehrenmänner in Zeitungen schreiben.

Sie alle müssen jetzt mit ihren Protektoren die betrübliche Erfahrung machen, daß die sofern behauptete Zufluchtsstätte für alle Feinde der Republik und Mordheiter denn doch noch nicht ganz sicher ist. Seiner eigenen Polizei ist Herr Pöhner freilich sicher, aber da die Bluttat an Erzberger auf badischem Boden verübt wurde, konnte er nicht hindern, daß die Staatsanwaltschaft von Offenburg einen Einbruch nach Bayern verübt und das Mordnest in München aushob. Die Staatsanwaltschaft in Offenburg hat in diesem Falle nicht, wie das sonst allgemein üblich ist, sich damit begnügt, die Polizei am Wohnort der Täter um Ermittlungen zu ersuchen. Sie hätte ja auch keinen schlimmeren Vorfall zum Götterleben können als die Pöhner-Polizei, deren Wirken im Falle Dobner-Tracheur noch in frischer Erinnerung ist. Die badische Staatsanwaltschaft nahm den Fall selber in die Hand, das Resultat liegt vor. Die rechtzeitige Flucht der Mörder konnte sie allerdings nicht mehr hindern. Sie sind gewarnt worden und von wem, das brauchen wir nicht erst zu sagen. Jetzt meldet Wolffs Bureau aus München beslissen in die Welt, daß die Mörder und ihre Helfershelfer keine bodenständigen Münchner und Bayern sind. Als ob das etwas an der Schuld der Regierung Kahr und des Polizeipräsidenten Pöhner änderte! Als ob die Tatsache, daß sie mittels des gegen die Arbeiterklasse gerichteten Ausnahmestandes Bayern zum Schlupfwinkel der deutschnationalen Verschwörer gegen die Republik und gegen das Leben ihrer Träger gemacht haben, daß sie in der Presse die schamloseste Mordhebe vor jeder Befämpfung durch die Presse der Anten geschüttet haben, indem sie das Blatt der Unabhängigen Sozialdemokratie in München unterdrückten, als ob diese Tatsache irgendwie in ihrem Wesen dadurch geändert würde, daß aus Norddeutschland stammende Hakenkreuzler den Mord geplant und vollbracht haben. Jenes Münchner Blatt, das da schrieb, die Aufdeckung, daß der Mord von München aus organisiert worden sei, daß die Mörder sich dort sicher gefühlt haben, müsse die Bayern mit tiefer Scham erfüllen, hatte ein etwas gesunderes, littisches Empfinden als der gescheite Verfasser jener dummen Wolffsdekret.

Die Pöhner-Polizei hat die Aufdeckung der Mörderzentrale nicht verhindern können. Es muß gefordert werden, daß sie auch im weiteren Fortgang der Untersuchung nicht in die Lage kommt, Spuren zu übersehen und Tatsachen zu verschleiern. Die muß durchaus in der Hand der badischen Justizbehörden bleiben und muß bis zum äußersten durchgeführt werden. Die Verdunkelungsversuch haben bereits eingesetzt. So berichtet die berüchtigte T.U. aus München vom 14. September, nach den bisherigen Ergebnissen hätten sich Inhaltsspunkte für ein förmliches Komplott zur Ermordung Erzbergers nicht ergeben, wie aus den Ermittlungen des badischen General-Staatsanwalts hervorgehe. Da ist natürlich der Wunsch der Vater des Gedankens. Daß kein förmliches Komplott vorliegen soll, wenn die Mörder an zehn Mitwirkern hatten, das glauben doch selbst die Leute nicht, die durch das Lesen der deutschnationalen Presse und der Eigenmeldungen der T.U. ihre Urteilstafel geschwächt haben. Bemerkenswert ist, mit welchem Eifer der bekannt Dr. Heim feststellt, daß er mit den beiden Mörfern, die ein Jahr als Volontäre in dem landwirtschaftlichen Betrieb tätig waren, der Herrn Dr. Heim untersteht, feinerlei Verbindung gehabt habe; er sei stets bemüht gewesen, ehemalige Offiziere anzunehmen und ihnen das Einarbeiten in den landwirtschaftlichen Betrieb zu ermöglichen und nur deswegen keinen Schulz und Tillesen aufgenommen worden. Sie haben nach Verlauf des Ausbildungsjahres den Betrieb vor einem halben Jahre wieder verlassen. Die Offenburger Staatsanwaltschaft hat im Betriebe Dr. Heims, d. h. in den Jimmein, die die beiden Mörder dort bewohnt haben, eine Hausdurchsuchung vorgenommen lassen. Es ist bezeichnend, daß Herr Dr. Heim sich durch diese Hausdurchsuchung persönlich betroffen fühlt und sich über die Einmischung badischer Behörden in die bayerischen Interna beschwert. Die Rechtspreche stellte bereits eine Beschwerde Dr. Heims im Reichstag in Aussicht. Dabei hat sich die Hausdurchsuchung, nach einer Erklärung der Staatsanwaltschaft Offenburg gar nicht gegen Dr. Heim gerichtet, sondern sie sollte nur feststellen, ob über die beiden Mörder

In den ehemaligen Zimmern noch Material zu finden sei. Die Entrüstung Dr. Heims, die auffällige Verleugnung des Zwecks der Haussuchung bildet eine Moment für sich, das Beachtung verdient.

Die Aufdeckung der Mörderzentrale in München hat anscheinend den Plänen, Räte zuzuhören, den Rest gegeben. Die bayrische Volkspartei rückt in ihren Organen energetisch von Räte und von den Deutschnationalen ab. Vor dieser Frucht des Räte-Systems schaudern die bayrischen Volkspartei leiter zurück. Die deutschnationale Presse Bayerns versucht zwar kampfhaft, diese Wendung wieder zurückzudrehen. Es werden Erklärungen einzelner Kreisverbände der bayrischen Volkspartei für Räte verbreitet und der Münchner Korrespondent der Dena will von einer führenden Persönlichkeit der bayrischen Volkspartei erfahren haben, daß in den letzten Tagen geradezu Massenausritte aus der Partei stattgefunden hätten. Indes wird da wohl der deutschnationale Wunsch stark vergrößert geweckt haben. Die Haltung der Presse spricht durchaus gegen diese Darstellung.

Wenn aber auch die Räte Räte ausgeschlossen erscheint, so ist damit noch lange nicht eine befriedigende Lösung der frage zwischen Reich und Bayern gegeben. Heute trifft der Testest-Marsch des bayrischen Landtages zusammen. Es soll ungebührlich bedachtigen, den Landtag zum 21. September zusammenzurufen. Die Bayrische Staatszeitung versicherte gestern gar, daß die Neuwahl des Ministerpräsidenten kaum vor zwei bis drei Wochen erfolgen werde.

Das würde bedeuten, daß die Räte, Roth und Pöhner solange das Regiment weiterführen, die volle Aufdeckung der Mordorganisationen erschweren können und daß der Konflikt zwischen dem Reich und Bayern verschleppt wird, daß die Verordnung des Reichspräsidenten in Bayern nicht ausgeführt wird und der Ausnahmezustand gegen die Arbeiterschaft bestehen bleibt. Gegen eine solche Verschleppungstat ist das Reich alles tun, was in seinen Befugnissen steht. Es muß den Herren in München von der Regierung Wirth deutlich zu verstehen gegeben werden, daß ihnen eine solche Verschleppungstat nichts helfen wird. Die Arbeiterschaft muß bis zur Lösung der Krise alarmbereit stehen, das Proletariat außerhalb Bayerns muß jeden Augenblick bereit sein, seinen bayrischen Brüdern im Kampfe wider die Gegenrevolution beizutreten.

* * *

Wir haben schon in der Dienstagnummer mit der "Notiz-Gesahrenzone für die Republik" auf die Verbindungen hingewiesen, die von München nach Schlesien zu den dortigen Selbstschutz-Freikorps führen. Die Anzelchen, daß diese Organisationen zur Führung eines Unternehmens gegen die Republik ausserorden sind, mehren sich in auffälliger Weise. Der Reichskanzler hat neulich Veranlassung genommen, den deutschnationalen Führer Herzog darüber hinzuweisen, daß ihm Pläne für einen neuen Rechtsrutsch gemeldet seien und hat ihn aufgefordert, innerhalb seiner Partei gegen diese Putschgruppen zu wirken. Was Herrn Herzog natürlich nicht im Traume eingefallen ist. Denn die unter Augenzwinkern vorgebrachten öffentlichen Erklärungen, daß die Deutschnationale Partei jede Gewalttätigkeit verwerfe, nimmt natürlich kein Mensch, und am allerwenigsten ein Deutschnationaler, ernst. Die deutschnationalen Putschisten rüsten in Südbayern und in Schlesien. In Preußen sind sie unter dem reaktionären Regime des "demokratischen" Innenministers Dominicus so sicher, daß sie in Berlin noch umfassende Werbungen für die Freikorps Rohrbach und Oberland vorzunehmen wagen. Das Hamburger Echo teilt mit:

"Wer in den letzten Tagen die Bahnhöfe beobachtet hat zu Zeiten, in denen ein Zug in Richtung Bayern abschürt, der könnte schon, daß dieselben Leute, die sich am 10. März 1920 unter dem Hochverräte Eichhardt in Oberbayern sammelten, wieder auf der Fahrt sind. Wie sie sich, mit Schwarz-Weiß-Roten Bändern und Hakenkreuzen geschmückt, die Hände schütteln; Abenteuerlust, unverantwortlicher Leichtsinn, die selbe politische Reise, die 1914 an die Eisenbahnwaggons führte: Hier werden noch Kriegserklärungen angenommen", sie steht ihnen auf der Stirn geschrieben: "Wir sehen Nürnberg ein und dann gehts nach der Judentochburg Berlin." "Am bayrischen Wesen soll Deutschland gehnzen." "Diesmal wird alles an die Wand gestellt"; das ist der Ton, auf den die Unterhaltung abgestimmt ist."

In Rosenheim arbeitet unentwegt an der Organisation des Putschs der bekannte Rappbandit Kapitänsleutnant Eichardt, den die Pöhnerpolizei in diesem Mittelpunkt der monarchistischen Verschwörer natürlich niemals entdecken kann. Auch in Preußen finden diese Verschwörer die Deckung so mancher Behörden und militärischer Stellen. Bezeichnend ist, daß der verhaftete Privatdozent Ruge in Neubrandenburg die falsche Ausweise mit dem Namen eines Geheimrats Berger besaß, bereits wieder aus der Haft entlassen ist. Von der jüngsten preußischen Regierung ist natürlich nicht zu erwarten, daß sie gegen diese Belästigung eines preußischen Justizbeamten einschreiten wird. Mit diesem preußischen Widerstand gegen die gründliche Aussäuerung der monarchistischen Verschwörergesellschaften und der Verbrennerbanden, die sich unter dem Namen Freikorps immer wieder neu bilden, muß gerechnet werden, solange die Regierung Siegerwald im Amt ist. Wenn der Gegenrevolution der Daumen aufs Auge gebrückt werden soll, dann muß in Preußen vor allem der Hebel angesetzt werden. Die Rechtssozialisten müssen die Regierung Wirth vor die Entscheidung stellen, ob sie das Zentrum und die Demokraten bewegen kann, gegen ihre boshaften Landtagsfraktionen in Preußen ein Machtwort zu sprechen. Nur wenn die Regierung Wirth hier beweist, daß sie durchgreifen kann, wird sie die Unterstützung der Arbeiterschaft weiter haben können. Die Arbeiterschaft aber wird auf der Waag bleiben müssen, die Reaktion mag wissen, daß sie die geistige Front des Proletariats vor sich finden wird, wenn sie einen Gewaltvorschlag wagen sollte.

Der preußische Verbündete des bayrischen Partikularismus.

Berlin, 15. September. Die Münchner-Augsburger Zeitung will aus Berlin von, wie sie sagt, ganz zuverlässiger Seite erfahren haben, daß die preußische Regierung durch den Ministerpräsidenten Siegerwald die von der bayrischen Regierung und dem bayrischen Landtag formulierte Forderung auf Änderung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August aufs wärmste unterstützt habe, so daß Preußen und Bayern in der Frage der Änderung der Reichsverordnung eine Einheitsfront bildeten.

Berlin, 15. September. Aus parlamentarischen Kreisen wird dem Tageblatt mitgeteilt: Obwohl die Lage in München ungünstig ist, wird die für heute vormittag anberaumte Sitzung des

Überwachungsausschusses des Reichstages, die sich mit Bayern zu beschäftigen hat, nicht vertagt werden. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Sitzung nur kurz sein wird.

Die Komplizen der Erzberger-Mörder.

München, 14. September. Die am Dienstag verhafteten sieben Personen sind meist aktive oder Reserveoffiziere, die größtenteils der Marine angehören, und die sich teils seit Wochen, teils kürzere Zeit in München, angeblich zu Studienzwecken, aufhielten. Es sind dies: Maxried v. Killinger, Erhard Rauter, Adolf Hößmann, Herbert Müller, Erich Otto Henrich, Karl Schröder und Johann Deue. v. Killinger ist beschuldigt, vor der Begehung des Mordes an Erzberger mit Schulz und Tissek die Tat besprochen zu haben. Ferner hat v. Killinger, um den Mörtern die Flucht zu erleichtern, deren Gerät bei sich aufbewahrt. Die übrigen Beschuldigten sind verdächtig, in den Plan der beiden Täter eingeweiht gewesen zu sein, aber trotzdem keine Anzeige erstattet zu haben, so daß Tissek und Schulz den Mord ungefähr aussühnen konnten. Weiter sind zwei Personen festgenommen worden, es wurde aber kein Haftbefehl erlassen. Diesen wird Mitwisserschaft zur Last gelegt.

München, 14. September. Bis zum Mittwochabend sind in der Mordaffäre Erzberger im ganzen 10 Personen verhaftet worden, und zwar neun in München und eine auf der Fahrt von Augsburg nach München. Gegen sämtliche 10 ist Haftbefehl erlassen worden. Außer den bereits heute morgen namentlich aufgeführten sieben Verhafteten befinden sich noch in Haft der Student Ulrich Klingisch, der Student Wilhelm Vollinger und der Student Karl Siebel. Sämtliche Verhaftete werden demnächst nach Obersburg gebracht und dort dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden auch der auf der Fahrt von Augsburg nach München verhaftete Student Vollinger. Die Polizei hatte Kenntnis erhalten, daß Klingisch den Vollinger in München erwartete, um ihn zu warnen. Sie nahm Klingisch am Bahnhof fest, um jede Verbindung mit Vollinger zu verhindern. Vollinger besaß unter der Firma eines Holzverwertungsgeschäfts eine Dreizimmer-Wohnung.

Doch von Killinger dem Schulz zur Flucht verholfen hat, ist dadurch erwiesen, daß er ihn im Auto zum Bahnhof brachte. Die bayerische Polizei ist zur Zeit mit der Durchsuchung des beschlagnahmten Gepäcks der Verhafteten beschäftigt. Bei den Haussuchungen ist auch ein Revolver gefunden worden.

Heute abend traf bei der Generalstaatsanwaltschaft ein Schreiben aus Italien ein, das in italienischer Sprache die kurze Befreiung enthält: "Halten uns in Mailand auf." Der Brief hat keine Unterschrift. Es muß erst untersucht werden, ob es sich um eine Mystifikation handelt.

Berlin, 14. September. Das Reichswehrministerium teilt mit, daß keine der verhafteten Personen sich im aktiven Dienst der Reichsmarine befindet. Sollten einzelne von ihnen tatsächlich früher der Marine angehört haben, so sind sie jedenfalls seit längerer Zeit bereits aus dem aktiven Dienst ausgeschieden.

Um der Beurteilung des Geistes, der im Offizierskorps der Marine herrscht, ändert das gar nichts.

Ein Verdunkelungsversuch?

Berlin, 15. September. (TU.) Der von der Potsdamer Polizei verhaftete Mann, der sich als Leutnant Hutter und Mörder Erzbergers bezeichnet, bleibt bei seiner Selbstbeschuldigung. Die Polizei bezweifelt aber seine Angaben, zumal seine Personalbeschreibung mit der des Mörder nicht übereinstimmt.

Eine Zeitungskorrespondenz meldet, daß der in Haft genommene den Namen Hutter wahrscheinlich zu Utrecht führt. Auch wenn es der Fall wäre, würde das weit schwierigste Problem der Zahlung der Reparationssumme an die Entente in Goldmark überbleiben. Soll die deutsche Wirtschaft nicht dauernden Schaden leiden, kann Deutschland die obliegende Verpflichtung nur aus den Überschüssen der Wirtschaft erfüllen. Dazu ist die Aktivität der Zahlungsbilanz erforderlich. Bis sie erreicht ist, macht die Höhe der Gesamtlasten bei der katastrophalen Finanzlage des Reichs eine Heranführung der Gold-Schwarzwerte der deutschen Wirtschaft unvermeidlich. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat wolle beschließen, die Reichsregierung zu erlauben, mit größter Beschränkung vor endgültiger Verabschiedung der neuen Steuervorlagen durch die gesetzgebenden Körperchaften einen Entwurf vorzulegen, durch welchen die Substanz der Goldwerte ohne Erhöhung der Grundrente der deutschen Produktion der Erfüllung der Reparationspflichten dienstbar gemacht werden kann.

Wissell weist darauf hin, daß die Schädigung des Reichsfinanzministers hinsichtlich des Reichsbedarfs, sowie die Schädigung anderer Sachverständigenkreise hinter dem wirklichen Bedarf zurückbleiben. Der Reichsfinanzminister hat den Bedarf auf 100 Milliarden, andre Sachverständige haben ihn auf 120 Milliarden geschätzt. Aber selbst bei einem Bedarf von 100 Milliarden müßte rund zwei Drittel des gesamten jährlichen Volkseinkommens für das Reich verwendet werden.

Beckmann (Vertreter des Gewerkschaftsbundes der Angestellten) tritt für die Erfassung der Schwarzwerte ein.

Bernhard (Vertreter der Presse) ergeht sich in scharzer Kritik an den unzulänglichen Steuermahnungen der Regierung. Genosse Hilferding weist darauf hin, daß die deutsche Wirtschaft sich zu stärken beginne. Sie sei gefund. Aber bisher sei nichts getan, die Staatsfinanzen gefund zu machen. Das Steueraufkommen der Jahre 1919, 1920 und auch das für 1921 bleibe hinter dem Goldwert des Steueraufkommens im Frieden zurück. Das Reich habe 12 Milliarden Einkommensteuer erzielt. Über diese 12 Milliarden stammen hauptsächlich aus den Löhnen und Gehältern. Das gesamte Einkommen im Reich werde auf 200 bis 250 Milliarden geschätzt. Diese Einkommenssumme hätte einen Mindesteinkommensteuerertrag von 35 Milliarden ergeben müssen.

Die Kapitalsinteressen suchten zwar diese Darlegungen durch Jurate zu erschüttern. Aber es ist nicht daran zu rütteln. Wenn nur ein Drittel des erreichbaren Ertrages aufgekommen ist, so sind da die Arbeiter-, Angestellten- und Beamteninteressen restlos erfaßt worden, diese zwei Drittel ausschließlich von den Beständen hinterzogen worden.

Genosse Hilferding wies weiter darauf hin, daß das Staatsdefizit die Hauptursache der Goldentwertung sei und diese direkte Verringerung der Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsentnahmen, ein Beitrag an der Arbeiterschaft sei. Die Steuervorlagen der Regierung genügen bei weitem nicht, das Gleichgewicht im Staatshaushalt herzustellen. Die Finanzreform ließere frühestens im Jahre 1923 Erträge. Die schwere Zeit der Krise sei aber jetzt. Deshalb müsse über die Regierungsvorlagen hinausgegangen und die Heranziehung der Goldwerte gefordert werden.

Die Besitzer der Produktionsmittel seien imstande mit ihren Preisen verhältnismäßig rasch den Goldentwertung zu folgen. Sie seien also in der Lage, durch höhere Erträge die Goldentwertung auszugleichen. Dagegen sind die Besitzer von Kriegsanleihen und anderen Staatsanleihen die schlimmsten Opfer dieser Entwicklung geworden. Auch die Anpassung der Löhne an die wirkliche Kaufkraft vollziehe sich nur unter großen sozialen Kämpfen und hindecke über die Goldentwertung beträchtlich nach, so daß die Unzufriedenheit der Löhne immer ein Zurückbleiben der realen Kaufkraft bedeute. Das sei das Problem der Goldwerte und nicht die Frage, ob eine Miteigengesellschaft wirklich Goldwerte hat, oder ob sie aus den Goldwerten goldveränderte Werte gemacht hat. Indem sie neue Aktien ausgegeben und Papiermark hineingenommen hat, Ent-

geschlagen wurde. Die Demonstranten wurden von der Polizei auseinandergetrieben und mehrere Ruhestörer verhaftet. Die Landespolizei räumte den Saal.

Der Immunitätsbruch in Bayern.

Am 10. September wurde der Landtagsabgeordnete Genoss Fischer in Nürnberg wegen "Aufforderung zum Hochverrat" verhaftet, weil er in München in einer öffentlichen Versammlung mitgeteilt hatte, daß es in Nordbayern zur Loslösung Frankens und zur Ausrufung einer fränkischen Republik kommen könnte wenn Räte weiter auf seiner Sozialbegeisteitung verharre und sich bei der Reichsregierung nicht führen wolle. Fischer ist inzwischen nach München transportiert worden, um dort dem Gericht übergeben zu werden. Zur Zeit befindet er sich in der Strafanstalt München-Neudeck in Untersuchungshaft. Die Verhaftung Fischers ist ein reiner Willkür, weil die ihm zur Last gelegte Anerkennung kein Delikt der Aufforderung zum Hochverrat ist. In der letzten Sitzung des ständigen Ausschusses des bayerischen Landtags hat Genosse Dr. Bauer im Namen der USP einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der die Freilassung des Genossen Fischer fordert. Der Vertreter des Justizministeriums äußerte sich dahin daß der ständige Ausschuss, vorausgesetzt, daß Fischer Mitglied dieses Ausschusses sei, dessen Entlastung beschließen könne. In der sich anschließenden Debatte nannte Genosse Dr. Bauer die Verhaftung Fischers eine unerhörte Provokation der Arbeiterschaft und stellte fest, daß Fischer seit Dienstag vorher Woche Mitglied des Ausschusses sei. Da in der Debatte die verfassungsmäßige Frage nicht geklärt werden konnte, ob der Ausschuss die Entlastung beschließen könne und ob die Verhaftung zulässig war, wurde die Behandlung der Frage auf Mittwoch verlegt. Wir stehen allerdings auf dem Standpunkt, daß Fischer als Abgeordneter und Mitglied des ständigen Ausschusses nicht verhaftet werden darf, zumal die Festnahme später als einen Tag nach der beauftragten Rede geschah. Die Verhaftung stellt einen der Brüche der Abgeordneten-Immunität dar, wie wir sie in Bayern unter dem Ausnahmestand allerdings schon öfter erlebt haben.

Der Landesvorstand der USP Bayerns hat in seiner letzten Sitzung auch zur Verhaftung des Genossen Fischer Stellung genommen und folgenden Besluß gefasst:

"Unter Parteilose Fischers wurde, obwohl er Landtagsabgeordneter ist, unter Verleitung der Abgeordneten-Immunität wegen angeblicher Aufforderung zum Hochverrat verhaftet. Ein Rechtsgrund zu seiner Verhaftung besteht nicht. In seiner Würde als Abgeordneter und Mitglied des ständigen Ausschusses nicht verhaftet werden darf, zumal die Festnahme später als einen Tag nach der beauftragten Rede geschah. Die Verhaftung stellt einen der Brüche der Abgeordneten-Immunität dar, wie wir sie in Bayern unter dem Ausnahmestand allerdings schon öfter erlebt haben. Der Landesvorstand der USP Bayerns bittet um Entschuldigung für die Verhaftung des Genossen Fischer"

Der Reichswirtschaftsrat zu der Erfassung der Goldwerte.

up. Der Reichswirtschaftsrat beschäftigt sich gegenwärtig mit den Steuergesetzen der Regierung. Die Beratung am Dienstag stand unter dem Zeichen der Erfassung der Goldwerte. Genosse Hilferding hatte gemeinsam mit dem Reichsminister, früherem Reichswirtschaftsminister Wissell eine Einschätzung eingebracht. Sie lautet:

"Die in der diesmaligen Sitzungsperiode zu erledigenden Steuergesetze beschäftigen sich lediglich mit der Aufbringung der Reparationslast im Innern. Eine restlose Lösung dieses Problems ist jedoch nicht erreicht worden. Auch wenn es der Fall wäre, würde das weit schwierigste Problem der Zahlung der Reparationssumme an die Entente in Goldmark überbleiben. Soll die deutsche Wirtschaft nicht dauernden Schaden leiden, kann Deutschland die obliegende Verpflichtung nur aus den Überschüssen der Wirtschaft erfüllen. Dazu ist die Aktivität der Zahlungsbilanz erforderlich. Bis sie erreicht ist, macht die Höhe der Gesamtlasten bei der katastrophalen Finanzlage des Reichs eine Heranführung der Gold-Schwarzwerte der deutschen Wirtschaft unvermeidlich. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat wolle beschließen, die Reichsregierung zu erlauben, mit größter Beschränkung vor endgültiger Verabschiedung der neuen Steuervorlagen durch die gesetzgebenden Körperchaften einen Entwurf vorzulegen, durch welchen die Substanz der Goldwerte ohne Erhöhung der Grundrente der deutschen Produktion der Erfüllung der Reparationspflichten dienstbar gemacht werden kann."

Wissell weist darauf hin, daß die Schädigung des Reichsfinanzministers hinsichtlich des Reichsbedarfs, sowie die Schädigung anderer Sachverständigenkreise hinter dem wirklichen Bedarf zurückbleiben. Der Reichsfinanzminister hat den Bedarf auf 100 Milliarden, andre Sachverständige haben ihn auf 120 Milliarden geschätzt. Aber selbst bei einem Bedarf von 100 Milliarden müßte rund zwei Drittel des gesamten jährlichen Volkseinkommens für das Reich verwendet werden.

Beckmann (Vertreter des Gewerkschaftsbundes der Angestellten) tritt für die Erfassung der Schwarzwerte ein.

Bernhard (Vertreter der Presse) ergeht sich in scharzer Kritik an den unzulänglichen Steuermahnungen der Regierung. Genosse Hilferding weist darauf hin, daß die deutsche Wirtschaft sich zu stärken beginne. Sie sei gefund. Aber bisher sei nichts getan, die Staatsfinanzen gefund zu machen. Das Steueraufkommen der Jahre 1919, 1920 und auch das für 1921 bleibe hinter dem Goldwert des Steueraufkommens im Frieden zurück. Das Reich habe 12 Milliarden Einkommensteuer erzielt. Über diese 12 Milliarden stammen hauptsächlich aus den Löhnen und Gehältern. Das gesamte Einkommen im Reich werde auf 200 bis 250 Milliarden geschätzt. Diese Einkommenssumme hätte einen Mindesteinkommensteuerertrag von 35 Milliarden ergeben müssen.

Die Kapitalsinteressen suchten zwar diese Darlegungen durch Jurate zu erschüttern. Aber es ist nicht daran zu rütteln. Wenn nur ein Drittel des erreichbaren Ertrages aufgekommen ist, so sind da die Arbeiter-, Angestellten- und Beamteninteressen restlos erfaßt worden, diese zwei Drittel ausschließlich von den Beständen hinterzogen worden.

Genosse Hilferding wies weiter darauf hin, daß das Staatsdefizit die Hauptursache der Goldentwertung sei und diese direkte Verringerung der Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsentnahmen, ein Beitrag an der Arbeiterschaft sei. Die Steuervorlagen der Regierung genügen bei weitem nicht, das Gleichgewicht im Staatshaushalt herzustellen. Die Finanzreform ließere frühestens im Jahre 1923 Erträge. Die schwere Zeit der Krise sei aber jetzt. Deshalb müsse über die Regierungsvorlagen hinausgegangen und die Heranziehung der Goldwerte gefordert werden.

Die Besitzer der Produktionsmittel seien imstande mit ihren Preisen verhältnismäßig rasch den Goldentwertung zu folgen. Sie seien also in der Lage, durch höhere Erträge die Goldentwertung auszugleichen. Dagegen sind die Besitzer von Kriegsanleihen und anderen Staatsanleihen die schlimmsten Opfer dieser Entwicklung geworden. Auch die Anpassung der Löhne an die wirkliche Kaufkraft vollziehe sich nur unter großen sozialen Kämpfen und hindecke über die Goldentwertung beträchtlich nach, so daß die Unzufriedenheit der Löhne immer ein Zurückbleiben der realen Kaufkraft bedeute. Das sei das Problem der Goldwerte und nicht die Frage, ob eine Miteigengesellschaft wirklich Goldwerte hat, oder ob sie aus den Goldwerten goldveränderte Werte gemacht hat. Indem sie neue Aktien ausgegeben und Papiermark hineingenommen hat, Ent-

Unterm Poehner-Kriegsamt.

München, 15. September. (TU.) Eine Verhandlung, in der der Abgeordnete Wallerstedt über die Lage in Bayern und im Reich sprechen sollte, wurde von Nationalsozialisten unter Führung des nationalsozialistischen Führers Eher gesprengt. Es kam zu Tumulten, in deren Verlauf der Redner blutig geschlagen wurde. Die Demonstranten wurden von der Polizei auseinandergetrieben und mehrere Ruhestörer verhaftet. Die Landespolizei räumte den Saal.

schieden sei, dass die Erträge der Produktion steigen, weil die Produkte sich in ihren Preisen der Preisentwertung anpassen können.

Genosse Hilsfelding betonte weiter, dass er bei Bekanntgabe des Londoner Ultimatums die Ansicht vertreten habe, dass die Bedingungen, namentlich die der 26 prozentigen Exportabgabe, auf die Dauer von der deutschen Wirtschaft nicht getragen werden können. Wenn die USP dennoch für die Annahme des Ultimatums eingetreten sei, so in der festen Erwartung, dass gerade der Beginn der Erfüllung unabdingt Gegenströmungen in anderen Ländern werden muss, die schließlich zu einer Revision dieser Vertragsbestimmung führen werden. Denn schon der Versuch der Erfüllung mache die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt stark, das dadurch die Industrie aller andern Staaten außerordentlich bedroht werde. Der Versuch müsse aber unternommen werden, weil dessen Unterlassen diese Entwicklung nur föhren würde. Deshalb müsse man unter allen Umständen die Mittel zur Erfüllung auch aus der Substanz der Wirtschaft nehmen. Aber werde es nur mit äußerster Vorsicht und im äußersten Notfall tun; wenn es aber nicht anders ginge, müsse dieses Mittel unvermeidlich werden, um das deutsche Volk vor einer gefährlichen Krisis zu bewahren. Die deutsche Wirtschaft ist erstaunt, ist fröhlich sie wusste sehr zunächst in den Dienst der Sanierung der Finanzen gestellt werden.

Die neue Sanierungswelle brachte bereits den Anfang einer neuen Streitbewegung und trifft eine Arbeiterschaft, deren Stimmen bereits durch die Preisentwertung reduziert ist. Das bedeutet eine soziale Gefahr, eine so ungewöhnliche Verstärkung der sozialen Spannung, dass es dringend notwendig ist, gegenüber diesen Kräften die notwendige Vorsorge zu treffen. Wie bekannte erde Mittel, brauchen eine gute Politik, und die Grundlage jeder guten Politik sind gute Finanzen.

Cohen (von der Regierung ernannt) beantragt, statt von Heranleitung der Sach- und Goldwerte von einer Heranführung der Substanz der Goldwerte zur Reparationsleistung zu trennen und dementsprechend den Autoren Hilsfelding-Missell abzuändern.

V. Nitschkoen (Landwirtschaft) befürwortet die Ausführungen Hilsfeldins und fordert statt der Beschränkung der Arbeitszeit auf elf Stunden eine freiwillige Arbeitszeit. Schläge man die Landwirtschaft durch unerträgliche Steuern tot, gehe das ganze Land zu Grunde.

Die Justiz für die Feinde der Republik.

Berlin, 15. September. (Eigene Drahtmeldung der R. A.) Der Vorratssatz macht der Regierung Stegerwald den Vorwurf, dass sie dem Treiben der Freikorps zu lange unfehlbar gegenüberstand. Ein großer Teil der Stadt trug das Versehen des Justiz. Jetzt habe der Oberstaatsanwalt in Breslau den Justizbefehl gegen einen der Hauptbeschuldigten Anna wieder aufzubauen, weil er das umfangreiche belastende Material, das bei Auge aufgefunden wurde, nie ausreichend anfahrt. Der Vorwurf erfragt weiter: Ob es mache, dass der preußische Polizei die Verbindung zwischen Freikorps Oberland und München schon seit einiger Zeit bekannt war, doch sie verschwiegen habe, in die Verbündeten einzudringen, doch über die die Bevölkerung gescheltet wird, weil die schlesischen Freikorps jedesmal rechtzeitig von München aus gewarnt wurden und zwar von Stellen, deren Sitz im Münchner Polizeipräsidium ist?

Selbst Stegerwald ist also bereits ausgesessen, dass die deutsche Justiz in bezug auf den Schutz der republikanischen Ermittlungen nicht selten verzagt. Diese Feststellung ist freilich keine besondere Erkenntnis. Selbst Leute mit primitivstem Denkvermögen haben das längst vermerkt, angelehnt an die Tatsache, dass die Kappverbrecher, die Nörder an Tausenden von Arbeitern und ihren Führern noch immer frei umherlaufen. Die deutsche Justiz ließ den Hakenkreuzern jeden Schuh angedeihen, während die Beschützer der Republik hinter Reckmauer schwanken. Wär Stegerwald anderer Meinung, dann wäre das nicht verwunderlich, die bayrischen Ortschäfleute fühlen sich allzu stark zu ihm hinzogen. Das aber ausgerechnet der Justizminister des Reichskabinetts Dr. Schäfer, den Befürchtungen der Münchner Rechtspartei, in den Schatten stellt, ist bezeichnend für unsere Situation. Nach dem Berliner Tageblatt erklärte Dr. Schäfer aus dem gegenwärtig laufenden Juristensitz in Bamberg:

Die deutsche Justiz ist verfassungstreu. Sie steht auf dem Boden der Verfassung und ist gewillt, nach den Richtlinien der Verfassung ihren Amtes zu wüsten. Dies ist mir erst vor einigen Tagen in Auseinandersetzungen des preußischen Richterkreises mit offenem Nachdruck bestont worden. Die Verfassungstreue zeigt sich nicht nur in der Anwendung der Verfassung, sondern auch in deren Ausbau.

Es gehört ausgesprochen der Justizminister der deutschen Republik dazu, der eine derartige Feststellung machen müsste. Da er sie dabei auf eine Rundgebung des preußischen Richterkreises stützt, beweist um so mehr, wie dieser Schuhgeist der republikanischen Justiz völlig mit Würde geschlagen ist.

Das Ergebnis der Thüringer Wahlen.

Die sozialistische Mehrheit gesichert. Nachdem nunmehr auch das Ergebnis der Wahlen im Meiningen Gebiet mit seinen weitverzweigten Rhönbergschen vorliegt, ist das Endresultat zu übersehen. Das Rätselraten ist zu Ende, die amtlichen Ziffern liegen vor. Danach ist die sozialistische Mehrheit gesichert. Die Kommunisten haben im Meiningen Gebiet noch einen Abgeordneten erhalten, so dass nunmehr 28 Abgeordnete der Arbeiterparteien 26 Mitgliedern des bürgerlichen Blocks gegenüberstehen. Die bürgerlichen Parteien haben eine entschiedene Niederlage erlitten. Sie glaubten der jungen Thüringer Republik den Todestod verhegen zu können, nun liegen sie unter dem Angrum der Arbeiterparteien am Boden. Es ist bei allem nicht verwunderlich, wenn die Hakenkreuzer aller Schwierungen eine recht gedrückte Mine zeigen. Sie glaubten sich um die Grundsteuer herumdrücken zu können, glaubten durch ihre Haftung ihren Geldbeutel schonen zu können, nun ist ihnen von den Arbeitern ein Denkmal erstellt worden, der ihnen manchelei Kopfschmerzen bereiten wird. Zwar ist die Mehrheit keine überwältigende. Stehen indes die 28 Abgeordneten der Arbeiterparteien geschlossen beieinander, dann werden an diesem Block alle reaktionären Anschläge der thüringischen Rechtsparteien wirkungslos verschaffen. Dabei wäre freilich vorauszusehen, dass die Rechtssozialisten das Händchen mit den bürgerlichen Einzelparteien ausgeben müssten. Inzwischen ist sich dazu verloren, in heute nicht abzusehen, ob die Bildung eines sozialistischen Ministeriums steht nach Lage der Dinge in Thüringen wohl außer Zweifel. Der Wahlkampf ist im wesentlichen unter diesem Gesichtswinkel ausgefochten worden. Die große Mehrheit der Arbeiter drängt dazu, und unsre Genossen werden einer rein sozialistischen Regierung schwerlich Steine in den Weg zu legen beabsichtigen. SPD und USP verfügen indes nur über insgesamt 22 Sitze im Landtag. Ihnen steht der Block des Bürgertums mit 26 Mandaten gegenüber. Das Alblingen an der Wege bilden daher, wie in Sachsen, die Kommunisten. Von ihrer Entscheidung wird es abhängen, über welche Fertigkeit das kommende sozialistische Ministerium verfügen wird. Dass dessen Wege nicht auf Rosen gebettet sein werden, beweist schon die Tatsache, dass die Wahlen in Sachsen der Grundsteuer keine Mehrheit ergeben haben. Die Kommunisten befinden sich seinerzeit bei den Abstimmern des Grundsteuer und haben damit den Ausfall für die Aufstellung des Parlaments. Jedenfalls Steuernquellen wird sich das in der Entwicklung begriffen Staatswesen schaffen müssen. Den Steuernquellen der Einzelstaaten sind von Reichs wegen enge Grenzen gezogen. Die Frage der Grundsteuer, die sich angesichts der Verhältnisse nicht ausstellen lässt, wird daher schon bei der Frage der Regierungsbildung den Peitschein hilfen. Die Kommunisten lehnen die Grundsteuer als "indirekte" Steuer ab. Auch unsre Genossen wandten sich prinzipiell gegen dieselbe, unterwarfen sich aber dem Zwange der Not-

wendigkeit, um die Steuernquellen nicht völlig zu verstopfen, wodurch die Existenzbereiche der thüringischen Republik zugleich ihre Existenzmöglichkeit untergraben wollten. Gegen derartige Beschreibungen werden die sozialistischen Parteien entschlossene Stellung nehmen müssen, und die Kommunisten werden zu zeigen haben, inwiefern sie sich der Einheitsfront des Proletariats einzupassen gewillt sind.

Nach den amtlichen Ziffern stellt sich das Resultat folgendermaßen:

	Stimmen 1921	Stimmen 1920	Stimmen 1921/1920
Unabhängige Sozialdemokratische Partei	110811	184000	9/11
Sozialdemokratische Partei	156548	135000	13/11
Kommunistische Partei	72441	8134	6/4
Deutsche Volkspartei	50889	45000	4/4
Deutsche Volkspartei	109195	104000	9/8
Deutsche Demokratische Partei	37674	49000	3/4
Panduan	127531	136000	10/11
Wirtschaftsbund	4216	—	—
Zentrum	7394	—	—

Unsre Partei hat demnach rund 70000 Stimmen eingeholt. Anzeichen der Spaltung und nach den Ergebnissen der Preußenwahl war ein deutscher Wahlausfall zu erwarten. Erfreulicherweise hat sich bei dieser Wahl das Lager der Indifferenzen unter den Arbeitervählern nicht verschoben, trotz der Höhe der Kommunisten, von der wir bereits berichteten. Sie haben insgesamt 72000 Stimmen aufzubringen vermocht. Rechnet man die 8000 Stimmen ab, die sie bereits bei den letzten Wahlen erhalten hatten, dann bleibt ein Gewinn von 64000 Stimmen, der ihnen auf Grund der Spaltung zugesunken ist. Von 20000 der einstigen linkssozialistischen Stimmen haben sie viele aufzufangen vermocht. Sie haben sich zu den Rechtssozialisten gehängt. Diese haben also den einzigen Erfolg auf Grund des Moskauer Diktats zu buchen. Der rechte Flügel des Arbeiterpartei stärkte sich zu Gunsten des linken Flügels. Das zeigt sich auch angesichts der Thüringer Wahl wieder als das einzige "Ergebnis" der Spaltung des Moskau.

Wir berichteten schon gestern über einen erheblichen Rückgang der Arbeitervoten in den Hochburgen der Kommunisten. Besonders typisch tritt diese Erscheinung in Gotha zutage. Über den vorliegenden Rückgang der Arbeitervoten stellt unser Berater folgende Berechnung auf:

Die Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 brachten der gothaerischen USP nicht mehr als 50000 Stimmen und die bado danach folgenden Landtagswahlen führten zu einer starken Mehrheit der Unabhängigen Sozialdemokratie. Aber von da an dauernd hielt die hyperpolitische Zerstörungsarbeit der in Gotha tätigende Führer. Was eine Jahrzehntszeit vorbildliche Arbeiterbewegung und die Novemberrevolution an Erfolgen zeitigten, zerstörte in kurzer Zeit. Von Wahl zu Wahl schwand die Zahl und Macht der führenden sozialistischen Partei. In der Reichstagswahl 1920 bringt die USP noch rund 22000 Stimmen auf, aber die zwei Wochen darauf folgende Landtagswahl bringt einen Rückgang auf 15000 Stimmen. Der allgemeine "Radikalismus" und die Reichsregierung haben ihre Wirkung getan. Und nach der Spaltung der USP, die in Gotha besonders feindselig und rücksichtslos betrieben wurde, gibt es einen weiteren Rückgang. Die Neuwahlen zur Gebietsvertretung im Frühjahr 1921 brachten der neugebildeten Kommunistischen Partei noch etwas über 22000 Stimmen und der USP, etwa 5500. Mit der Landtagswahl am 11. September ist der niedste Stand erreicht: Kommunisten 20800, USP 6800 und die SPD bleibt mit 3500 unverändert. Von dem ursprünglichen Massenaufgebot der Unabhängigen Sozialdemokratie bringen Kommunisten und USP heute nur noch die Hälfte auf."

Das also ist das Ergebnis der kommunistischen Propaganda. Sie wirkt so abstoßend und verwirrend, dass Tausende von Arbeitern, auch solche, die doreinst mit ihnen gingen, sich abgestoßen fühlen und vollständig ferngetreten sind. Ganz richtig schreibt das kommunistische Gothaer Parteiorgan:

Der Proletarier sieht nur die politische Wirklichkeit, nicht die sozialistischen Konsequenzen, nicht die Auswirkung der materiellen Tatsachen auf die Zukunft. Wir Kommunisten dürfen uns mit dieser sozialistischen geistigen und politischen Einstellung großer Arbeiterklassen nicht anziehen zu geben, wir müssen eine Politik treiben, die weiter sieht als die eigene Rasse reicht, wir müssen die Tatsachen auf ihre Wirkung beurteilen lernen und dürfen nicht die Politik von den proletarischen Interessen trennen lassen. Da ist noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten. Heider ist das Gothaer Wahlergebnis ein Musterbeispiel für die primitive politische Einstellung.

Man hätte nur hinzuzügen müssen, dass die ganze kommunistische Aktion lediglich auf die "primitive geistige und politische Einstellung großer Arbeiterklassen" eingestellt gewesen war, und nicht nur in Gotha, sondern auch in den andern Kreisen zahllose Arbeitervählt von der Rote ferngehalten hat.

Zur Konferenz in Washington.

Haag, 15. September. (U.L.) Maasbode erhält ein Telegramm aus London, nach dem aus Melbourne Nachrichten eintreffen, dass Australien wünscht, selbstständig an der Washingtoner Konferenz vertreten zu sein. Kein Land habe soviel Interesse bei der Regelung der Frage des Stillen Ozeans als Australien und Neuseeland. — In Washington wird gemeldet, dass Japan über verschiedene Punkte zuerst Aussklärungen wünscht, bevor es an den Beratungen teilnimmt.

Wassel, 15. September. (U.L.) Weder der Ministerpräsident, noch der Minister des Außenamts Japans werden an der Washingtoner Abstimmungskonferenz teilnehmen, da sie wegen der Wahlen und des belgisch-luxemburgischen Vertrages nicht abkömmlich sind. Dem Delegierten, der nicht zur Regierung gehören wird, werden zwei Direktoren der Bank Société Générale für die Finanzen und der in Amerika weilende belgische General Jules für die militärischen Angelegenheiten zur Seite stehen.

Verhinderte Einreise deutscher Journalisten nach Oberschlesien.

Wie aus Oppeln berichtet wird, ist einigen Vertretern deutscher Tageszeitungen von der Interalliierten Kommission die Einreisegenehmigung nach Oberschlesien verweigert worden. Der Grund für die Ablehnung der Genehmigung ist nach der Presse darin zu suchen, dass reichsdeutsche Blätter falsche Nachrichten über Gewalttaten und Unruhen in Oberschlesien verbreiten aufgenommen haben. Die Wiedergabe dieser Meldungen habe zur Erhöhung der Raumbevölkerung in der oberschlesischen Bevölkerung beigetragen und habe Unruhe angestiftet.

Widerstand gegen die Auflösung einer polnischen Gemeindewache.

WTB. meldet aus Hindenburg: In Biszupitz sollte am 12. d. M. vormittags 11 Uhr, die von dem Führer der oberösterreichischen Polizei dem Obersten Besenitz angeordnete Auflösung der Gemeindewache erfolgen, die fast nur aus Polen und zum größten Teil aus ehemaligen Aufständischen besteht. Um die Auflösung zu verhindern, sammelte sich vor dem Gemeindehaus eine Menge von etwa 200 zum größten Teil bewaffneten Leuten an. Die Leute verfolgten das der Gemeindewacht sofort sein Amt ablehne. Er und die deutschen Beamten der Gemeindeverwaltung waren gewarnt, das Rathaus zu verlassen. Der Gemeindewacht führte stattdessen nach Hindenburg, um dem Kreiskontrolleur, dem französischen Major Landrot, Bericht zu erstatten. Dieser begab sich in Begleitung des Gemeindewachters und eines französischen Offiziers nach Biszupitz. Sein Wagen wurde jedoch am Eingang zur Ortschaft von einer Menge von etwa 25 bewaffneten Polen angegriffen, die den Gemeindewacht nicht in den Ort hineinlassen wollten. Dieser muhte deshalb mit dem französischen Offizier nach Hindenburg zurückkehren, während der Kreiskontrolleur zu

Reis nach Biszupitz hinzog. Ausgerichtet hat er bis jetzt nichts. Die polnische Gemeindewache besteht noch heute und der Gemeindewacht kann immer noch nicht nach Biszupitz zurück. Sein Amt hat der Stellvertretende polnische Gemeindewacht übernommen. Am 14. d. M. war ein von Oberst Besenitz entlassener italienischer Offizier in Biszupitz, um die Durchführung der Auflösung des Polizeichefs zu verlangen. Was er ausgerichtet hat, ist noch nicht bekannt.

Stimmen in Argentinien?

Neuport, 13. September. (D.A.) Wall Street Journals will wissen, dass eine deutsche Gesellschaft, hinter der der Stilnes-Verband steht, habe eine Petroleumkonzession in Argentinien, und zwar 45 Meilen nördlich von Comodoro Rivadavia, erworben habe. Diese deutsche Gesellschaft soll schon an Oct und Steele zahlreiches Material zur Vornahme der Sondierungen abgesandt haben und im Begriffe stehen, ihre Arbeiten zu beginnen.

Endlich!

Aus Berlin wird gemeldet: Der Polizeipräsident von Breslau, Geh. Regierungsrat Liebermann, ist vom Minister des Innern zur Disposition gestellt worden. Es war allerdings die höchste Zeit, dass gegen den Vertrauensmann der Orgel- und Selbstschutzbünde, der diese Banden unter Mißbrauch seiner Amtsführung in jeder Weise unterstützte, energisch eingeschritten wurde.

Der Schupo-Kommandant als Waffenchiefer.

Die Essener Strafanwalte verurteilte nach dreitägiger Verhandlung den Major Adolf Alois aus Bier, der in seiner Eigenschaft als Kommandeur der Schupo versucht hatte, Waffen der Schupo gegen ein Entgelt von 44000 M. zu verschicken, wegen Unterschlagung und Vergleichs gegen das Entwaffnungsgesetz zu einem Monat Gefängnis und 3000 M. Geldstrafe.

Reformpläne des Reichspostministeriums.

Wie die Telephon-Union berichtet, hat das Reichspostministerium ein Arbeitsprogramm zur Förderung der Leistungsfähigkeit des deutschen Telephones und Fernsprechens aufgestellt, dessen Erfüllung etwa 14 Milliarden in Anspruch nehmen wird. Die Arbeiten sollen sich bis zum Jahre 1925 hinziehen. Sie bestehen im wesentlichen in der Instandhaltung und im Ausbau des Leitungsnets, in der Schaffung eines großen Fernlabels und eines Fernnetzes und in der Auslegung eines Kabels nach Schweden.

Vigdor Kopp Generalbevollmächtigter des russischen Roten Kreuzes.

Von der Berliner Sowjetvertretung wird der Dena mitgeteilt: Vigdor Kopp ist als Generalbevollmächtigter des Russischen Roten Kreuzes in Berlin eingetroffen. In Anbetracht der Tatsache, dass die Organisierung der Belästigung des Hungers von außerordentlicher Wichtigkeit ist, wurde der Vigdor Kopp übertragenen Funktionen eine derartige Bedeutung zugemessen, dass er zur Vollziehung derselben von seiner bisherigen Amtstätigkeit als Vertreter der R. S. F. S. R. in Deutschland bereit worden ist.

Die griechische Offensive am Ende?

Nach einer Haas-Meldung aus Konstantinopel sollen die Griechen nach Meldungen aus fiktiver Quelle die Absicht haben, auf ihre alten Stellungen, auf die Linie Gall-Scheide, zurückzuziehen. Der griechische Generalstab sei der Ansicht, dass es unmöglich sei, die Schlacht in der Gegend, die er jetzt befreit hält, weiterzuführen. — Der am 11. September Bericht der Regierung von Aegina beläßt. Die Offensive der Griechen hat seit drei Tagen an verschiedenen Punkten der Westfront angebaut. Sie ist vollständig fortgeschritten. Die feindlichen Truppen haben sich zurückgezogen müssen. Nach einer Konstantinopeler Meldung hat der griechische Rückzug am 7. September begonnen.

Massenverhaftungen in Liverpool.

Das British Journal meldet aus London: In Liverpool wurden im Verlaufe der gestrigen Unruhen 156 Personen verhaftet, darunter der bolschewistische Pastor Neverend Laughland.

Neue Unruhen in Indien. Ein Telegramm aus Calcutta meldet, dass sich neue Unruhen in Indien bei Peshawar ereignet haben, wo laufende von Rebellen einen Polizeiposten angegriffen haben. Sieben Polizisten konnten sich in eine benachbarte Stadt flüchten. Die Austräger haben die Bureaus der Station geplündert.

Bon Mah und Kern.

Ein Oberzolldirektor als Stempelmarkendieb. Görlitz, 14. September. Die Unterschlagungen von Stempeln bei dem hierigen Hauptzollamt haben, wie der Neue Görlitzer Anzeiger meldet, ihre Ausklärung gefunden. Als Täter ist der Oberzolldirektor Semper, ein langjähriger Beamter des Hauptzollamtes, ermittelt worden, der in seiner Eigenschaft jederzeit zu den Stempelmarken-Schriften Zutritt hatte. Semper hat bei seiner Vernehmung ein Geständnis abgelegt und angegeben, dass er die Unterschlagungen schon seit 5-6 Jahren betrieben habe. Er sei durch Not und Krankheit in seiner Familie dazu getrieben worden. Der Wert der unterschlagenen Stempelmarken erreicht nahezu die Summe von 80000 Mark, doch will Semper sich wortreichlich nur 30000 Mark angeeignet haben.

Moderne Anzüge und Schlüpfer

in meinem eigenen Grossbetrieb in Berlin hergestellt in **Schneiderarbeit** (nicht Mädchenarbeit). — Schnitt, Sitz und Passform sind als mustergültig bekannt. Direkter Verkehr zwischen Grosshersteller und Verbraucher, daher selbst für beste Qualitäten

Überraschend niedrige Preise

Moderne Herren-Anzüge	295	310	375	395	448	490
Moderne Herren-Anzüge	510	557	635	685	730 bis 975	
Moderne Herren-Schlüpfer	285	340	395	450	540	668
Moderne Herren-Schlüpfer	689	740	790	875	950 bis 1175	
Moderne Herren-Hosen	48	57	68	77	85	89
Moderne Herren-Hosen	108	115	128	150	180	215

Knaben-Leibchenhosen	von Mk. 15 an
Kniehosen	von Mk. 28 an
Knaben-Anzüge	von Mk. 55 an
Knaben-Wintermäntel	von Mk. 68 an

Die grosse Preissteigerung tritt bei meinem Lager, das zur billigsten Zeit angeschafft wurde, bis auf weiteres nicht in Kraft.

Friedrich Treumann
Rossplatz 1 LEIPZIG Rossplatz 1

Konsum-Verein L.-Plagwitz u. Umg.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Freitag, den 30. September 1921, abends 7 Uhr

Ordentliche General-Versammlung im Saale des Volkshauses Leipzig, Zeitzer Straße 32.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht über das Jahr 1920/21.
2. Genehmigung der Jahresrechnung und Verleihung des Erfolges.
3. Wahl von zehn Aussichtsratsmitgliedern (an Stelle der ausscheidenden und wieder wählbaren Herren Berthel, Degenkolb, Kunath, Reder, Riedeberger, Sack, Schneider, Willecke, Seifert und Henning (wegen Fortzug)).
4. Statutenänderung betr. § 6 e, § 8, § 40.
5. Bericht des Verbandsrevisors.
6. Einwige Anträge nach § 13 der Statuten.

Nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches oder der blauen Erfolkskarte für das Mitgliedsbuch, nicht der Markenkarle, ist der Eintritt zum Versammlungsraum gestattet. Legitimationskarten berechtigen nicht zum Eintritt.

Die geehrten Mitglieder werden zu recht zahlreichem Besuch hierdurch eingeladen.

Leipzig-Plagwitz, den 15. September 1921.

Der Vorstand.
Fr. Sellmann. Otto Beyer.

Maschinisten und Heizer

(Zentralverband).

Sonnabend, den 17. September 1921, abends 1/2 Uhr
im Volkshaus, Gartenaal

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Fortsetzung der Berichterstattung vom Verbandsstage. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.

Allzeitiges Erscheinen erwartet Die Ortsverwaltung.

Für die Mitglieder der Metallindustrie findet vorher um 1/2 Uhr, im Kolonnadenaal, eine **Branchenversammlung** statt. Tagesordnung: Bericht über den Stand der Lohnbewegung. Die Branchenleitung.

Montag, den 19. September 1921, abends 1/2 Uhr, findet im Mittelsaal des Volkshauses eine Zusammenkunft der Beifälliger statt. Tagesordnung wird dort bestimmt gemacht. Es müssen alle Beifälliger anwesend sein. Die Ortsverwaltung.

USPD. Groß-Leipzig

Alt-Leipzig, Weissen I. Freitag, den 16. Sept., abends 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Donath (Promenadenstrasse 1). Die Vertrauensvolente.

Sommerfeld - Engelsdorf - Baalsdorf.

Sonnabend, den 17. September, abends viertel 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Wöhrnerwald. Tagesordnung: Gemeindepolitik. Ref.: Stadtv. Gen. Kremer.

Wahren. Mitgliederversammlung im Wilschönen (bei Leimbach). Tagesordnung: 1. Vortrag über: Aus der Geschichte der Sozialdemokratie. Ref.: Genosse Willert. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Leipzig.

Geschirrführer und Arbeiter in Schwer- fuhrwerks-, Speditions- u. Kohlenbetrieben.

Auszahlung der Streikunterstützung für die am Streik Beteiligten findet Sonntag, den 18. Sept., vorm. 8-12 Uhr, im Volkshaus (Kolonnaden) statt. Ohne Mitgliedsbuch und Streikarte kann die Auszahlung nicht erfolgen. Wer seine Unterstützung durch eine schriftlichen Ausweis mitangeben, nicht abgeholt Unterstützung kann später nicht mehr ausgezahlt werden. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Musiker-Verband.

Sidenstr. 48, 1. Freitag, 18.12.

Mitglieder - Versammlung

im Volkshaus. Stellungnahme zu dem Angebot der Arbeitgeber auf die Forderung der Musiker.

Eintritt nur gegen Kontrollausweis.

Die Ortsverwaltung Leipzig.

Metallarbeiter

Verband

Wiederholung der Streikunterstützung für die am Streik Beteiligten findet Sonntag, den 18. Sept., vorm. 8-12 Uhr, im Volkshaus (Kolonnaden) statt. Ohne Mitgliedsbuch und Streikarte kann die Auszahlung nicht erfolgen. Wer seine Unterstützung durch eine schriftlichen Ausweis mitangeben, nicht abgeholt Unterstützung kann später nicht mehr ausgezahlt werden. Die Ortsverwaltung.

Großindustrie

Freitag, den 16. September, findet in den Betrieben die Urabstimmung über den gefüllten Schlichtungsspruch statt. Verbandsbuch nicht ver-
gessen!

Die Ortsverwaltung.

Kartell der Arbeiter und für Sport u. Körperpflege

Turn-Bundes

L.-Gutrieglich Turn- u. Sportverein Vorwärts. Frei-
tag, den 10. September, abends 9 Uhr, Mitglieder - Versammlung im Lindenholz.

Leinölfirmis gar. rein kg 18.00

Weltweil in Del. gar. rein kg 18.00

Terpenin. rein amerik. kg 24.00

Kastarbe weiß kg 28.00

Zubodenfarbe in prima Qualität kg 20.00

Gussbodenfarbe in prima Qualität kg 16.00

Emaillen und Lacke nur erstklassige Fabrikate

wie alle Leime, Kreide und Materialien

Otto Nehrhorn, Lack- und Farben-Handlung

L.-Kleinzschocher, Dresdner Straße 8.

Familien-Nachrichten

Am 12. Sept. starb unsere langjährige Mitarbeiterin

Frau Anna Aster

Ein ehrendes Andenken werden ihr bewahrt

Die Mitglieder der Starbokasse

H. Sperling - J. R. Herzog.

Nach langem schweren Leid verschied am 14. Sept., früh 1/2 Uhr, mein lieber Mann, unser treuerster Vater, Onkel und Schwager, der Kutscher Friedrich Voigt

im Alter von 48 Jahren.

L.-Kleinzschocher, Altestr. 17.

Gertrud verw. Voigt geb. Wolf nedl. Kinder.

Bestattung Sonnabend 1/2 Uhr.

Blumenpenden dantend abgelehnt.

Wetterbeobachtungen (Zoologischer Garten) in Leipzig.

Wetterbericht	Windrichtung	Lufttemperatur	Luftfeuchtigkeit	Windgeschwindigkeit	Regenfall	Wettergutstand	Temperaturextreme am 14. September 1921
14. Septbr. nachm. 2 u.	53,7	11,1	90	80	3	Nübl. trüb, regnerisch	Höchste Temperatur 19,2
15. Septbr. abend 8 u.	52,8	16,5	90	90	2	Nübl. trüb, regn., vorwieg. trüb	Niedrigste Temperatur 12,6
16. Septbr. früh 7 Uhr	51,8	13,4	90	8	1	Nübl.	Regenmenge in mm 1,6 Gesamt 16,0. trüb 7 u.

Witterungsbericht: Wetterbericht: Nübl. vorwieg. trüb, regnerisch, steigen.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 15. September.

Die erste Stadtverordnetensitzung nach den Ferien.

In der gestrigen Stadtverordnetensitzung gab es die lebhaftesten Auseinandersetzungen um Verhandlungsgegenstände, die gar nicht aus der Tagesordnung gestanden hatten.

So gab es lange vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung bei Verlesung der Registernde einen lebhaften Kampf um den

Vortrag der USP, den Termin der Stadtverordnetenwahlen nicht auf den 13. November, sondern einige Wochen später festzusetzen.

Genosse Scheib legte in der Begründung des Antrages alle die Gründe dar, die wir in unserer gestrigen Nummer an dieser Stelle schon eingehend erörtert haben. Herr Jänsch war natürlich durchaus gegen eine solche Verschiebung. Es seien noch sehr viel Differenzpunkte in der Eingemeindungsfrage vorhanden. Man solle sich Zeit lassen. Die politische Entscheidung der Einwohner, auf die Scheib besonders hingewiesen hatte, würde nicht auf längere Zeit eintreten, da nach der Verfassungsreform sowieso neue Wahlen stattfinden müssten.

Der Oberbürgermeister erklärte mit vielen Worten, dass die Eingemeindung vor dem 1. Januar auf keinen Fall stattfinden könne. Eine zwangsläufige Eingemeindung würde ungesetzlich sein, sie könnte nur erfolgen, wenn sich eine Gemeinde der Einverleibung widersetze. Er zog Gründe, die er für den Widerstand des Rates gegen unsre Forderung nicht bezog, an den Haaren herbei, sprach von den sehr erheblichen Mitteln, die die Einverleibung der Stadt kostet würden, zumal wenn sie außerhalb des Etatsjahres erfolge. Dabei musste er allerdings zugestehen, dass die Verhandlungen jetzt in einem ganz andern Tempo vor sich gehen und dass nur noch einige Unklarheiten vorhanden seien. Der langen Rede fügt hinzu, dass der Rat keine auf eine Verschiebung des Wahltermins nicht eingehen.

Hagen wies ihn sofort auf die Widersprüche zu seinen früheren Erklärungen hin und legte ihm auf den Kopf zu, wona der Rat bei seiner Weigerung beharrte, dann habe er eben andere Gründe, als er angebe.

Damit auch bei dieser ersten Sache der Humor nicht fehle, dokumentierte Frau Schumann wieder einmal ihre völlige politische Ahnungslosigkeit, als sie erklärte, dem Antrag der USP nur zustimmen zu können, wenn der Termin nicht länger als 4 Wochen versetzt werden sollte, bis zum 1. April hinausgehoben würde. Sie weiß also noch nicht einmal, dass die Gemeindewahlen in diesem Jahre noch stattfinden müssen. Als sie die Weisheit von sich gab, „Leipziki hat uns seit der Revolution mit der Gemeindereform im Sack gelassen“, konnte sie wieder einmal einen allgemeinen wohlverdienten Heiterkeitsfolg buchen.

Genosse Liebmann gab ihr im Vorbelag eine kleine Lektion über beachtenswerte Wissensgebiete für eine Stadtverordnete. Den Behauptungen Jänschs gegenüber wies er darauf hin, dass Paunsdorf schon seit zwei Jahren auf die Einverleibung durch den Rat wartet. Wenn Rat und Bürgertum keine andern Gründe hätten, würden sie die Einverleibung nicht verhindern können. Wenn jemals ein öffentliches Interesse zur Vornahme der Zwangs-Einverleibung vorliege, dann sei es hier der Fall, wo das finanzielle Interesse der Gemeinden, die Unsicherheit ihrer gemeindlichen Tätigkeit infolge der Ungewissheit des endgültigen Termins ihrer Einverleibung, die Unsinnigkeit und Zwecklosigkeit losspieliger Wahlen von Gemeindevertretungen, die nach der Einverleibung ausführen zu existieren und infolgedessen die politische Entscheidung der Einwohner auf längere Zeit hinaus, wo alle wirtschaftlichen und politischen Gründe zur raschen Einverleibung drängen. Die materiellen Schwierigkeiten seien behoben. Wenn der Oberbürgermeister selbst die Möglichkeit der freiwilligen Einverleibung am 1. Januar 1921 zugibt, muss man die Einwohner der vier Gemeinden an den Stadtverordnetenwahlen teilnehmen lassen. Wenn eine solche Verständigung stattfindet, erparen wir uns die Möglichkeit der Zwangs-Einverleibung durch das Ministerium.

Genosse Scheib verwöhnte sich gegen eine Bemerkung des Oberbürgermeisters, dass der Termin im Einverständnis mit sämtlichen Parteien festgesetzt worden sei. Das könnte sich nur auf die Parteien im Rat beziehen, wo man wahrscheinlich zugestimmt habe, als noch nicht vorauszusehen war, dass die Einverleibung so gefördert werden könnte, wie es in letzter Zeit geschehen sei.

Hundert Prozent.

Von Upton Sinclair.

Copyright by Der Malts-Berlag Berlin-Halensee 1921.

Nosie arbeitete in einer Papierfabrik. Am folgenden Abend holte sie Peter zum Essen ab, und ihre Freundschaft wurde rasch äußerst innig. Aber nur bis zu einem gewissen Punkt, dann wischte Nosie zurück. Auf Peters Drängen sagte sie ihm, sie wolle mit den Roten nichts zu schaffen haben, sei des Geschwätzes der Roten überdrüssig, könne keinen Roten lieben. Er sollte bloß Miriam Jankowitsch ansehen, das Mädchen habe sich das ganze Leben verdorben. Sie war hässlich gewesen, hätte leicht einen wohlbhabenden Mann finden können — und nun hatte sie sich in kleine Stücke operieren lassen müssen. Und Sadie Todd, die sich zu Tode schuf und Ada Ruth mit ihren ewigen langweiligen Gedichten? Nosie verhöhnte alle, durchsetzte sie mit den Speeren ihres Witzes. Natürlich stimmte Peter in seinem Herzen mit allen ihren Worten überein, doch musste er ihr widersprechen, dies ärgerte Nosie, verbarb ihr die Laune, es kam fast zu einem Streit.

Unter solchen Umständen stellte es Peter selbstverständlich schwer, mit seinem Wort seine wahren Gefühle anzudeuten. Nachdem er kein ganzes Geld und einen großen Teil seiner Zeit auf Nosie vergessen hatte und um nichts weitergekommen war, beschloss er, Konzessionen zu machen, erklärte, er werde nicht mehr versuchen, sie zu bekehren. Nosie schnitt eine Grimasse: „Sehr freundlich von Ihnen, Herr Gudge. Wie aber wäre es, verfluchte ich einen Weisen“ aus Ihnen zu machen? Sie gestand, sie suche einen jungen Mann, der für sie sorgen und viel Geld verdienen könne. Peter erwiderte, er verdiente ganz ordentlich. Womit, wollte Nosie wissen. Dies könne er ihr nicht erläutern, doch verdiene er recht viel, wolle sie zum Beweis heute abends ins Theater mitnehmen.

Derart ging das kleine Duell Abend für Abend weiter. Peter verlor sich immer heftiger in die schwärzäugige Schönheit, und sie wurde immer sotter, immer ungeduldiger über sein sozialistisches Gesetz. Nosies Vater hatte sie als winziges Kind von

Der Oberbürgermeister, der sonst nicht so leicht seine Ruhe verliert, fühlte sich durch die Argumente der Antragsfreunde arg bedrängt. In äußerst gereizter Stimmung wandte er sich mit rotem Kopf im besonderen gegen Liebmann, gegen dessen Ausführungen er die ganze Kritik des Bureaukraten herunterholpte. Erst in 10 Tagen würden weitere Verhandlungen mit der Amthauptmannschaft stattfinden, dann müsse erst der Einverleibungsauftschuss zusammentreffen, dann der Rat, dann die Stadtverordneten, dann die Kreishauptmannschaft, dann Kreisauftschuss, dann Ministerium — und dann: ja dann ist das Resultat nach dem über immer noch fraglich. Die ganze Rede war nur ein Vorwurf, wiewohl Gründe das Bürgeramt und die Bureaukraten aufzuführen, wenn es gilt, ihre Interessen zu vertreten.

Genosse Seger stellte fest, dass man ihn als Vorleser wegen des Termins um seine Meinung gefragt habe zu einer Zeit, ehe die Eingemeindungsfrage aktuell wurde.

Pöllendorf gab dem Oberbürgermeister den guten Rat, doch auch den Schein zu vermeiden, als ob andere als sachliche Gründe für die Hinauschiebung der Eingemeindung beim Rat maßgebend seien. Er hing der Käthe die Schelle um, indem er den bürgerlichen Parteien vorhielt, sie führt durch die Teilnahme der Arbeitervächer der Gemeinden an den Wahlen die sozialistische Mehrheit des Stadtverordnetenkollegiums, die sie errichten möchten, noch zu stärken. Es seien nur parteipolitische Gründe, die den Rat verlassen, seine Zustimmung zu verwehern.

Nach einigen kurzen Bemerkungen wurde der Antrag auf Verschiebung des Wahltermins mit 37 gegen 31 Stimmen abgelehnt. Nun hat der Rat wieder einmal Gelegenheit, zum jundjovialen Male den Beschluss des Kollegiums seine Zustimmung zu verpassen. Nur wird ihm diesmal die parteipolitische Vertretung der bürgerlichen Interessen nichts nützen, sie wird ihn den Mäzen nur aufs deutlichste als Schwalter des Bürgertums zeigen.

Bor dieser Debatte wurde eine Rückäußerung des Rates verlesen, in der er mittelte, dass er, ohne selbst gründlich Stellung zu den Eingaben des Schulrates über den Reichsschulgefechtentwurf zu nehmen, das Ergebnis der Verhandlungen den Regierungen und Parlamenten als Material überwiesen habe. Genosse Freitag kennzeichnete die Würdigkeit, mit der der Rat der Zertämmmerung des Volkschulwesens gegenübersteht, als eine Mischung des Beschlusses des Kollegiums, das ihn ausdrücklich zur Stellungnahme aufgefordert hat. Wenn es sich um eine Schädigung der höheren Schulen handeln würde, hätte sich der Rat gewiss nicht so „unparteiisch“ verhalten. Aber auch dieser Vorwurf ließ den Rat fall — für das Volkschulwesen hat der Leipziger Rat nicht viel Worte übrig.

Zu einer lebhaften Aussprache führten zwei Anträge der USPD.

die folgenden Wortlaut hatten:

Das Kollegium wolle beschließen:

1. Es wird sofort eine Kommission gebildet, die mit Hilfe der organisierten Arbeiterschaft und der Sicherheitspolizei die Auflösung aller konterrevolutionären Vereine vornimmt. Bis hier sind bekannt: Die Brüder vom Stein, Ehemalige Baltikumer, Frontbund, Silbernes Schild, Orgeich, Kornblume, Gedenk Speer, Bund der Aufrechten, Verein Wanderlust 1920 u. a.

2. Es wird sofort eine Kommission gebildet, welche eine Säuberung der städtischen Verwaltungen von reaktionären Beamten vornimmt.

3. In einer Eingabe an die Regierung zu fordern, dass das Gesetz über Verstaatlichung des Polizeiwesens aufgehoben wird.

4. Diese Kommissionen sind Personen aus Arbeiterorganisationen zuzuziehen.

Das Kollegium wolle beschließen:

Es wird, entsprechend dem Abkommen zwischen der Regierung und Gewerkschaften vom März 1920, sofort eine Arbeiterwehr aus den Reihen der organisierten Arbeiter gebildet.

Die Anträge waren von Mitgliedern der USP-Fraktion durch Unterstrichen unterstützt, sonst hätten sie überhaupt nicht zur Verhandlung gelangen können. Zur Begründung der Anträge hielt Frau Schumann eine Rede, bei der es nach gewohnter Art ein blödsinnes lebhaft durcheinander ging, aber doch nicht mehr, als es sonst bei kommunistischen Reden der Fall ist. Zu Beginn ihrer Rede hob Frau Schumann hervor, dass sie vom Vorleser, dem Genossen Seger, verlangt hatte, er solle die Stadtverordnetenversammlung eine Woche früher einberufen. Seger hätte nicht zur Landtagswahl in Thüringen fahren sollen, dann hätte er die Stadtverordneten zusammengeholt. Zu diesem Koch begnügte sich Genosse Seger mit der Feststellung, dass der kommunistische Antrag auf Einberufung der Stadtverordneten erst am 5. September geschrieben und am 6. in seine Hände gelegt sei, so dass es überhaupt beim besten Willen nicht möglich gewesen wäre, für den 7. September eine Stadtverordnetensitzung anzugehen.

Die Stellung der USP zu den kommunistischen Anträgen vertrat Genosse Liebmann. Er hob hervor, dass die USP die Anträge unterstützte, damit die Antragstellerin die Möglichkeit hat, zu der Angelegenheit zu reden. Sachlich sind wir mit den Absichten, die die Anträge verfolgen, durchaus einverstanden. Wir erkennen auch die Notwendigkeit an, zu der gegenrevolutionären monarchistischen Gefahr in der Oeffentlichkeit Stellung zu nehmen. Das hat die USP bereits getan, sowohl in Zeitungen, als auch in Versammlungen und bei Demonstrationen, und zwar weit wissamer, als durch die Rede der Frau Schumann geschehen ist. Trotzdem wir mit der Tendenz der Anträge einverstanden sind, lehnen wir sie ab, weil sie für das Stadtverordnetenkollegium undurchführbar sind. Bei der gegenwärtigen Stadtverordnetenversammlung können die Stadtverordneten die Auflösung der konterrevolutionären Vereine überhaupt nicht vornehmen. So sehr wie auch der Auflösung sind, dass diese Vereine aufgelöst werden müssen, so fehlt dem Stadtverordnetenkollegium dazu doch die Macht. Die Auflösung dieser Vereine ist Sache der Staatsorgane. Die Frau Schumann hätte sich mit ihrem Antrag an die Staatsregierung und an die Reichsregierung wenden müssen, dann hätten wir sie unterstützt.

Zu Punkt 2 der Forderung ist zu sagen: Es wäre mit sehr interessant gewesen zu hören, wie sich die Frau Schumann die Säuberung der reaktionären Bürokratie denkt. Pöllendorf hat sie darüber gar nichts gesagt. Bei der gegenwärtigen Stadtverordnetenversammlung haben die Stadtverordneten überhaupt kein Recht, reaktionäre Beamte zu entlassen. (Die Stadtverordneten können keine Nachtwächter und keine Abortfrauen anstellen oder entlassen, viel weniger reaktionäre Beamte.) Das können die Antagonistin ebenfalls auch wissen, sie weiß es auch, aber sie verzerrt die Anträge aus agitatorischem Bedürfnis für ihre Partei.

Da wir keine Möglichkeit haben, Kommissionen mit solchen Vollmachten zu bilden, so fällt auch die Forderung des Punktes 4 fort. Dagegen sind wir den Punkt 3 des Antrages über die Polizei.

Im zweiten Antrag der Kommunisten wird die sofortige Gründung einer Arbeiterwehr verlangt. Die USP hat sich nach dem Rapp-Putz für die Bildung einer Einwohnerwehr aus organisierten Arbeitern eingesetzt. Diese Einwohnerwehr ist erst sabotiert worden vom Rat und von bürgerlichen Stadtverordneten.

Dann müssten die Einwohnerwehren auf Verlangen der Entente sämtlich ausgelöscht werden, die Gründung neuer Einwohnerwehren würde verboten. Wenn wir jetzt eine Arbeiterwehr schaffen wollten, so hieße das den Kampf nicht nur gegen die fälschlich und gegen die Reichsregierung, sondern auch gegen die Entente aufzunehmen. Zu einem solchen Kampf reichen aber nach unserer Ansicht die Kräfte des Leipziger Stadtverordnetenkollegiums nicht aus. Der kommunistische Antrag verlangt also etwas Unmögliches, deshalb schenken wir ihn ab.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen müssen wir die Säuberung der Sipo und der Reichswehr von monarchistischen Elementen fordern und verlangen, dass die Sipo und Reichswehr aus Republikanern zusammengeführt wird, damit diese Einrichtungen nicht als Instrumente der Monarchisten und der Reaktionäre gegen die aufstrebende Arbeiterschaft verwendet werden können. Diese Forderungen kann das Stadtverordnetenkollegium von Leipzig nicht durchführen.

Zur die Reichssozialisten meinte Kressin, die Mostauer Unteroffiziere hätten der Frau Schumann einen sehr dummen Antrag diktiert. Es wäre besser gewesen, wenn die USP die kommunistischen Anträge nicht erst unterdrückt hätten, denn sie führen nur zu fruchtbaren Debatten. Der Demokrat Herz erklärte, auch der Antrag über die Verstaatlichung des Polizeiwesens sei wegen seiner Umgebung verdächtig und müsse deshalb abgelehnt werden.

Frau Schumann blamierte sich noch einmal, so galt es eben ging, indem sie sagte: „Wir haben keinen Anlass zu sagen, dass die Entente die Gründung der Arbeiterwehr verbietet, denn wir haben ja den Friedensvertrag von Versailles nicht unterschrieben.“ Frau Schumann erntete damit den zweiten Heiterkeitsfolg an diesem Abend.

Bei der Abstimmung traten 32 unabhängige Stadtverordneten einschließlich des Rechtssozialisten Pöllendorf und der Kommunistin Schumann für den Punkt 3 des kommunistischen Antrages ein, 34 stimmten dagegen. Die übrigen Anträge wurden gegen die Stimme der Frau Schumann abgelehnt.

Die übrige Beratung.

Aus der Tagesordnung selbst sei erwähnt die Vorlage über die Erhöhung der Arbeitersöhne vom 1. August an, die eine Mehrausgabe von 6.950.000 M. bringt. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

Zu der Vorlage über die Errichtung eines Arbeitschulgartens für die 38. Volksschule wurde ein Antrag des Genossen Bahst angenommen, der den Garten im größeren Umfang angelegt wünscht.

Für die „Gemeinnützigen deutschen Bauarbeiterwerke“ wurde zur Beschaffung von Modellen für Kinderbettelste 500.000 M. bereitgestellt. Der Handelskongress wurde statt 10.000 M. 30.000 M. Beitrag für das laufende Rechnungsjahr bewilligt.

Dem Turn- und Sportverein Vorwärts wurden 25.000 M. und dem Turn- und Sportverein L-Wölker wurden 28.000 M. Darlehen gegeben. Die sonstigen Beratungsgegenstände (insgesamt 27) waren von geringerer Bedeutung.

Zu Beginn der Sitzung hatte Genosse Seger dem verstorbene Stadtverordneten Genossen Barthel und dem ehemaligen Stadtverordneten Jähne ehrende Worte als Nachrufe gewidmet. An Stelle des verstorbene Genossen Barthel nahm zum erstenmal Genosse Schöllner an der Sitzung teil. Am Schluss der Sitzung wies der Vorleser mit Nachdruck auf die große Arbeitslast hin, die mit der Etatberatung noch vor Weihnachten zu erledigen ist. Es dürfen also wieder Dauersitzungen bevorstehen.

dem vollkommenen Glück. Beichtete er ihr das große Geheimnis, so würde er in ihren Augen als Held erscheinen, würde ihr noch herrlicher vorkommen, als die Jungs, die die Deutschen Schlagen und ihre Namen in das ewige Buch der Geschichte schrieben.

Eines Abends saß er in ihrem Zimmer, hielt sie in den Armen. Sie hatte fast — aber noch nicht ganz — weggegeben. „Bitte, bitte, Peter,“ batte sie, „hört doch auf, einer dieser abscheulichen Roten zu sein.“ Da eritzte es Peter nicht länger. Er gestand ihr, er sei gar kein Roter, sondern ein Geheimagent, von den größten Geschäftsmännern von American-City angestellt, um die Roten auszupionieren, ihre Pläne zu vereiteln. Nosie starnte ihn bestürzt an, wollte es ihm nicht glauben, lachte ihm ins Gesicht und ward schließlich zornig. Glaube er denn, sie ist einer derart dummen Geschichte zu naiv?

Peter wurde ärgerlich, verlor sich, ließ zu überzeugen. Er erzählte ihr von Guise, von der Agar- und Bankgesellschaft, berichtete, wie er regelmäßig mit Mr. Guiney in Zimmer 427 des American-House zusammentrat. Auch von den dreißig Dollars in der Woche sprach er, die bald auf vierzig erhöht werden würden, und ver sprach, das ganze Geld für sie auszugeben. Vielleicht könnten sie behaupten, durch ihn befähigt, ebenfalls eine Note geworden zu sein, und dann würde Mr. Guiney auch sie anstellen und dies wäre für sie vorteilhafter, als zehnthalb Stunden am Tag in der Fabrik von Isaac u. Goldstein zu arbeiten.

Endlich gelang es Peter, das Mädchen zu überzeugen. Sie wurde still und angstlich, hatte nichts Derartiges erwartet, brauchte Zeit, um sich das Ganze zu überlegen. Nun wurde auch Peter bestimmt, sagte er, hoffe, sie verARGE ihm nichts, erklärte ihr, wie wichtig seine Arbeit sei, wie alle großen Leute der Stadt billig — nicht bloß Bankiers und Geschäftsmänner, sondern auch der Bürgermeister, die Staatsangehörigen, Redakteure, Kritiker der Hochschulen, die Geistlichen, gleich dem Ehrenbürgern der Willoughby Sloperbridge von

Jahr und 15.000 Mark zum Umbau eines Wagenschuppens. Zustimmung der Stadtvorordneten ist einzuhören.

Zahlzusage für die Straßenbahnenarbeiter. Es wurde beschlossen, den Vorsatzschlag von 1 Mark pro Stunde an die Arbeiter der Straßenbahn schon vom Monat August ab zu gewähren. Zustimmung der Stadtvorordneten ist einzuhören.

Schaffung eines Amtes für körperliche Erziehung. Entsprechend der Anregung des Reichsbeirats für körperliche Erziehung wurde nach dem Beispiel anderer größerer Gemeinden beschlossen, auch in Leipzig unter dem 1. Oktober d. J. in Angriffnahme an das Schutzaamt ein Amt für körperliche Erziehung unter Beirodnung eines aus 16 Vertretern aller beteiligten Kreise zusammengeführten gemeinsamen Ausschusses zu schaffen, die erforderlichen Mittel in Höhe von rund 13.000 Mark für die Zeit vom 1. Oktober d. J. bis 31. März 1922 als Berechnungsgeld zu bewilligen und dem vorliegenden Entwurf eines Ortsgesetzes über den gemeinsamen Ausschuss für körperliche Erziehung zuzustimmen. Dem neuen Amt sollen alle Angelegenheiten, die sich auf die körperliche Erziehung und Erziehung aller Volksschulen beziehen, mit Ausnahme der beim Jugendamt verbleibenden Jugendpflege, überwiesen werden, insbesondere die Pflege der Volksbildung in allgemeinen, die Mitwirkung bei der Neuanlage von Spiel- und Sportplätzen, Eisbahnen, die Überlassung und Verteilung der öffentlichen Spiel- und Sportplätze, die Förderung des Wanderns, Schwimmens und Spielen in den Schulen usw. Die Zustimmung der Stadtvorordneten ist noch einzuhören.

Höhere Ausgleichszuschlag für die Beamten. Nach dem Vor- gange des Reiches und des sächsischen Staates wurde beschlossen, mit Rücksicht auf die seit der im Februar d. J. beschlossenen ersten Erhöhung des Ausgleichszuschlags eingetretene weitere Verle- tung aller Lebensbedürfnisse auch für die städtischen Beamten Angestellten, Lehrkräfte der höheren Schulen, Lohgehaltsempfänger Straßenbahnenangestellte usw. mit Wirkung vom 1. August d. J. ab den Ausgleichszuschlag zum Grundgehalt und zum Ortszuschlag von 70 auf 93 Prozent in Ortsklasse A und entsprechend abgestuft in den übrigen Ortsklassen zu erhöhen und die dafür erforderlichen Mittel in Höhe von rund 22 Millionen jährlich zu bewilligen. Für die Zeit vom 1. August d. J. bis zum 31. März 1922 betrugen die Mittelosten rund 15 Millionen, wofür Dekunitionsmittel nicht vorhanden sind. Die Zustimmung der Stadtvorordneten zu diesem Beschluss ist noch einzuhören.

Genehmigt wurde der Nachtrag zur Ordnung der Gehühren für Benutzung einiger öffentlicher Einrichtungen der Stadt Leipzig vom 18. Januar 1921 sowie der 1. Nachtrag zum Ortsgebot über die Bebauung von Leipzig-Connewitz-Süd, ferner das Ortsgebot über den gemeinsamen Ausschuss für das Sozialpädagogische Frauenministerium.

G.nung des Kreisausschusses.

Der Kreisausschuss hatte in seiner letzten Sitzung über eine Meinungsverschiedenheit zwischen Rats- und Stadtvorordnetenkollegium in Burgstädt zu entscheiden. Dort erfordert das Wasserwerk seit Jahren Zuflüsse. Im Mai wurde deshalb der Preis für 1 Kubikmeter Wasser auf 1 Mt. festgesetzt. Da dabei aber noch jährlich 30.000 Mt. Zufluss zu leisten sind, hatte der Rat mit 4:3 Stimmen beschlossen, den Preis auf 1.25 Mt. zu erhöhen, die Stadtvorordneten lehnten die Vorlage aber mit 9:8 Stimmen ab. Der Kreisausschuss entschied sich für die Ratsvorlage, da es nicht angehe, dass die Wasserkosten die Stadtfasse belasten, zumal die Stadt keine Steuern erheben könne und werbende Anlagen sich selbst tragen sollten. Weiter wurde Burgstädt die Umwandlung eines Darlehns von 120.000 Mt. in eine tilgbare Anleihe von 130.000 Mt. genehmigt.

Am 15. September tritt die neue Reichsvermögenssteuer in Kraft in den Orten, wo eine solche Steuer noch nicht besteht. Bestehende lokale Steuern, die dem Reichsgebot nicht entsprechen, treten am 15. Dezember außer Kraft. Trotz formeller Bedenken wurde die Vergnügungssteueroordnung für die Amtshauptmannschaft Döbeln genehmigt, die u. a. die Steuer für Tanzvergnügen auf 30 Pf. pro Eintrittskarte festsetzt. — Die Grund- und Gewerbesteuer für Roßlipp wurde genehmigt, da das Ministerium Dispens für die Befreiung der Genossenschaften von der dortigen Gewerbesteuer ertheilt hat. Die Steuer soll erst bei einem Extra von über 15.000 Mark erhoben werden. — Recht wenig Zustimmung beim Kreisausschuss fand Taucha mit seinen Steuerplänen. Seine Gewerbesteueroordnung wurde ihm zurückgegeben, da die Höhe bedeutend höher als sonst üblich sei. Es will bis 100.000 Mt. Extra bis zu 8 Prozent, über 100.000 Mt. 10 Prozent als Steuer erheben. Seine Jagdsteueroordnung wird abgelehnt, da die Amtshauptmannschaft schon eine Jagdsteuer erhebt. Seine Wohnungsluxussteuer entspricht nicht den Richtlinien des Ministeriums und wird abgelehnt. Ebenso wird seine um 100 Prozent erhöhte Lustbarkeitssteuer abgelehnt, da sie sich nicht den Vorstellungen des Reichslandbarkeitssteuergesetzes anpasst. Zugestimmt wird nur die Schansteuer, die ein Viertel des Nettoverdes bei Neuverkäufen und ein Zwanzigstel bei bestehenden Schanklokalen betragen soll.

Die Nachträge zur Gemeindesteueroordnung für Grimma, Markranstädt und Geraingswalde werden genehmigt, ebenso die Grundsteueroordnung für den Bezirklerverband Borna. — Die Jagdsteueroordnung der Amtshauptmannschaft Döbeln wird bestanden, da eine Steuer von 50 Prozent der Jahrespachtkasse unangemessen hoch sei. — Der Errichtung einer Kreisfängeanlage in der Gemeindeamtstraße in Lindenau wird die Genehmigung verliehen, da das durchdringende Geräusch den Schulbetrieb stark stören würde. — Ein Einspruch gegen die Lastkraftwagensteuer im Amtshauptmannschaft Oschatz wird abgelehnt, doch wird die Absicht, auch die auswärtigen Lastkraftwagen, die regelmäßig durch den Bezirk fahren, voll zu besteuern, nicht gebilligt. Die Besteuerung dieser

gelöst. Peter Bissmeier, stand David Andrews, dem Advoatachen Donald Gordon und John Duran, dem riechtenhaften Führer der Seelente-Gemeinschaft, gegenüber. Sie sagten nicht einmal „guten Abend“, betraten das Zimmer, Duran schloss hinter sich die Tür, starrte Peter zornig und stumm an, wie das steinerne Bildnis eines Käthchenhäuplings. Noch ehe ein Wort gesprochen wurde, wußte Peter, was sich ereignet habe, wußte, diesmal bei endgültig alles aus. Und abermals wegen einer Frau — abermals, weil er Gussies Rat, keine Frau mehr anzuschauen, nicht befolgt hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Neues Theater. Im Tannhäuser sang am Dienstag, 27. September, zum ersten Male die Partie des Wolfram von Eichenbach. Seine Stimme hat einen angenehmen Klang, ist nur, wie sein Spiel, noch nicht dieugam genug, wie es die Dramatik einer Wagner-Rolle erfordert. So bleibt seine Gestaltung noch im Klanglichen und Formalen stehen und findet die Brücke zum Dramatischen nicht recht. Aber bei dem musikalischen Verständnis und der stimmlichen Kultur, die der Sänger zeigte, ist anzunehmen, daß diese Mängel bald von ihm überwunden werden. — Man freut sich übrigens immer wieder einmal, besonders über das törichte Musizieren unseres Orchesters, dem man nicht oft genug Anerkennung aussprechen kann. Ps.

Die Retorte. Das 1. September-Programm des Kabaretts zeigt deutlich, daß man sich ernstlich um die künstlerische Seite des Unternehmens bemüht. Die Leistungen vertrugen diesmal fast ausnahmslos eine künstlerisch fehlende Wertung. Otto Jägermann ist ein liebenswürdiger und geistvoller Conferencier, daneben auch ein guter Sprecher und Darsteller, wie er in der phantastischen Homuncula-Szene bewies. Erich Reiß machte Verhältnisse „Auszug“ zu einem plakativen Gemälde, das ein Stück sozialen Lebens vor den Augen der Zuschauer entstehen ließ, wie

Fahrzeuge soll nur verhältnismäßig erfolgen. — Dem Redakteur der Chemnitzer Volksstimme, Dr. Siefkow, wird gegen Hinterlegung einer Sicherheit von 50.000 M. gestattet, in zwei Saalbühnen, und zwar im Hessenleiter und in den drei Mohren-Theatervorstellungen seines neugegründeten Volks-Theaters zu geben. Trotz des absäßigen Gutachtens der Leipziger Theaterintendanten wird die Zustimmung ausgesprochen, da Dr. Siefkow die Absicht hat, der Bevölkerung der Arbeiterviertel literarisch wertvolle Kost zu bieten und Schauspielern der zusammengebrochenen Volksbühne in seinem Unternehmen ein Unterkommen zu verschaffen.

Kulturarbeit.

Vor jeher ist die klassenbewußte Arbeiterschaft bestrebt, den ihr seitens der kapitalistischen Gesellschaft vorenthaltenen Bildungsauftakt durch jähre Arbeit sich selbst zu erringen. Denn der Auftrag des Proletariats auf die Höhen der Menschheitsbildung ist unfehlbar mit dem Siege des Sozialismus. Alle Organisationen der Arbeiterschaft sind auf dieses Ziel, sozialistische Wissens- und Lebensformen zu verbreiten, eingestellt. So auch die Körperfunktionen vlgenden Verbände.

Ein vorzügliches und geradezu musthaftes Beispiel von körper- und gesellschaftsbildender Erziehungsarbeit bot am 10. und 11. September die Freie Turnerschaft Leipzig-West. Diese streitige Vereinigung, die sich schon in der Vorstellung eines guten Rufes erfreute, zeigt trotz aller mächtigen Umstände eine starke Aufwärtsentwicklung.

Anlässlich der Einweihung einer aus eigener Kraft geschaffenen Turn- und Sportaulage, verbunden mit der 20jährigen Gründungsfeier seiner Turnerinnen-Abteilungen, veranstaltete der Verein am vergangenen Sonnabend im Palmengarten einen äußerst gut gelungenen Festabend. Ausgewählte künstlerische Muß, sowie glänzende Darbietungen des Michaelischen Arbeitersängerkoros wechselten mit hervorragenden Leistungen turnerisch-sportlichen Königin der nuhräuchlichsten Formen. Und die am Sonntag darauf folgenden demonstrativen Vorführungen der gesamten Vereinsangehörigen auf dem von bienenstreichigen Mitgliedern hergerichteten Turn- und Sportplatz zeigten die Auswirkung quiter und zielbewußter Körper- und Geistesbildung im hellsten Lichte. Bewunderungswürdige Ordnung, Pünktlichkeit und Sauberkeit waren die Kennzeichen der Veranstaltung. Der bis in die kleinsten Kleinigkeiten geregelte und sich fabelhaft vortrefflich abwickelnde Betrieb erregte nahezu Erstaunen. Mögen läufig alle Veranstaltungen der Arbeiterschaft einen solch würdigen und bilden Verlauf nehmen. Der Freie Turnerschaft Leipzig-West aber ein Frei Heil! zu weiterem Streben.

Die Werbenummer der Leipziger Volkszeitung. Wir machen nochmals daran aufmerksam, daß am Sonntag, dem 18. September, die Werbewoche der USPD beginnt und daß die Nummer der Leipziger Volkszeitung am Sonnabend, dem 17. September, als Werbenummer erscheint. Die Ortsvereinsvorsitzenden können die Werbenummer bei dem betreffenden Ausdrucker in Empfang nehmen.

Bevölkerungsvorgänge in Leipzig. In der Woche vom 21. August bis 27. August fanden 108 Eheschließungen statt. An Geburten waren 219, darunter 31 uneheliche zu verzählen. Gestorben sind 162 Personen, darunter befanden sich 51 Kinder unter einem Jahr. Der Tuberkulose erlagen 18 Personen. Durch Selbstmord endeten 3 Personen. — In der Woche vom 4. September bis 10. September fanden 153 Eheschließungen statt. Es waren 161 Geburten zu verzählen; 32 davon waren unehelich. Es starben 148 Personen; davon waren 64 Kinder unter einem Jahr. Der Tuberkulose erlagen 26 Personen. Selbstmord verübten neben Personen, jedoch Männer und eine Frau. Tödliche Unglücksfälle erslitten drei Personen.

Die Barbiere werden teurer. Wie berichtet wird, steht eine Erhöhung der Dienstleistungspreise im Barbier- und Friseurgewerbe bevor, die mit der Verkürzung der Betriebskosten und mit einem Tenerungszuschlag von 20 Prozent an die Gehilfen begründet wird.

Warnung an Inhaber deutscher Kriegsanleihe! In den letzten Tagen ist in einer Leipziger Tageszeitung ein Inserat erschienen, wonach sich ein hiesiger Darlehensvermittler erbietet, Kriegsanleihe bis zum Kennwert anzuladen und zu verwerben. Der Inserent hat bereits früher Kriegsanleihe unter schlechten Bedingungen angekauft, den Veräußerern aber den versprochenen Neuwert bis heute nicht ausgezahlt. Es ist deshalb bei der hiesigen Staatsanwaltschaft gegen ihn ein Strafverfahren wegen Betrugs anhängig gemacht worden. Die Inhaber derartiger Wertpapiere werden also gewarnt, auf solche verdeckende Abzocke hereinzufallen. Ein Handel mit Kriegsanleihe zum Kennwert ist unmöglich, nur die Steuerbehörde nimmt sie in bestimmten Fällen zu diesem Wert in Zahlung, allerdings auch nur von Selbstschämmern.

Lehrer Erler als Bezirksschulrat. Der nicht nur den Leipziger Elternräten, sondern auch einem sehr großen Teil der Leipziger Elternschaft als Vorkämpfer der Arbeitsschule durch zahlreiche Vorträge bekannte Lehrer Otto Erler von der 18. Volksschule ist zum Bezirksschulrat für den Bezirk Niedersedlitz i. A. ernannt worden.

Allgemeines Arbeiter-Bildungsinstitut. Freitag, den 16. September, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Gartenzaal, Versammlung der Theater- und Konzertkommissionmitglieder. Alle neu gewählten Partei- und Gewerkschaftsgenossen wollen pünktlich erscheinen. Anschließend Sitzung des Bildungsausschusses.

man es in diesem Ernst und dieser Tiefe in einem Kabarett nicht gewohnt ist. Marianne Kupfer bemühte sich recht geschickt, einige Dichter in das Schattengebiet moderner und revolutionärer Dichtkunst zu bringen. Einiges in etwas anderer Form erzielte Eugenie Williams-Szendrei mit ihren Chansons, die gesanglich höchstwertig waren. Hans Merkel und Fritz Profi sorgten für die großer-komische Seite des Programms mit viel Geschick. — Das ganze Homuncula-Szene, wie neben mir behauptet wurde, nur eine Reklame für die Firma Eulitz sei, die, wie auf Plakaten und Programmen ausdrücklich vermerkt, die Ausstattung der Homuncula stiftete, ist zweifellos eine Blasphemie. Es wäre doch etwas ganz Neues und Unerhörtes, wenn der Geschäftsgenossen in die heiligen Hallen der Kunst einzöge!

Leipziger Puppenspiele (Dir. Joh. Büs). Am Freitag, dem 16. September, beginnt die Winterpietät mit einem Gastspiel von Wünsches volksstücklichen Marionettentheater. Vorstellungen finden täglich außer Montags 5 und 9 Uhr, Sonntags auch 13 Uhr, im Eldorado, Pfaffendorfer Str. 4 (Sitz des „Netz“) statt. Als Eröffnungsvorstellung wird das lustige Spiel Der Narrensepp ergeben. Anfang 8 Uhr. Hierauf im Metropolischen Theater Ein Tag in Sorrent. Eröffnende Worte spricht Dr. Alfred Lehmann. Das kleine Orchester steht unter Leitung des Musikdirektors C. Ottwein — Als Kindervorstellung geht während der ersten Woche Tischlein deck dich in Szene. — Vereine und Schulen haben Ermächtigung. Nächstes durch die Geschäftsstelle Görlitz, Friedhofstraße 10. — Der Spielplan ist aus den täglichen Anzeigen im Inserenteil ersichtlich.

Die Retorte erweitert ihr Programm vom 15. d. M. ab durch das Aufstellen Walter Mehrings mit eigenen Dichtungen und Hans Jelz-Hötz Dichtungen von Wilhelm Heym.

Deutsche Naturwissenschaftliche Gesellschaft. Freitag, den 18. September 1921, abends 7 Uhr, in der städtischen Fach- und Fortbildungsschule Schletterstraße 10. Vortrag des Herrn Dr. Kiel, über: Die deutschen Alpen. Gäste willkommen.

Naturkundliches Heimatmuseum, Tröndlinger 1 (Gewerbeausstellung). Freitagabend 18 Uhr findet die dritte Führung über die Eiszeit statt: Eiszeitliche Spuren im Leipziger Land. Im Anschluß daran erfolgt die Verabredung eines geistlichen Sonntagsausflugs nach Taucha (Sonntag, den 18. September). — Aus Anlaß der Tagung des Verbandes deutscher Amateurphotographen stellt das Heimatmuseum von Freitag bis Mittwoch im Ausstellungszimmer eine Reihe seiner schönsten heimischen Landschaftsaufnahmen aus. Besichtigung kann erfolgen werktäglich von 8 bis 12 und 3 bis 6 Uhr (Freitag bis 9, Sonntag von 11 bis 2 Uhr). Eintritt frei.

Parteiangelegenheiten.

US-Deutschland, Westen II. Freitag, den 16. September, abends 18 Uhr, Sitzung der Gruppenführer und tätigen Parteigenossen. Ausgabe von Material zur Werbewoche. Alle Gruppenführer müssen erscheinen.

Sellerhausen. Freitag, den 16. September, abends 8 Uhr, wichtige Funktionärsitzung im Restaurant Krone, Wurzner Str. 77. Alle arbeitsfreudigen Genossinnen und Genossen, besonders aus den Spartenkreisen, sind eingeladen.

Borsigwerke. Diejenigen Mitglieder der USPD, von L.-Borsigwerke, die gewählt sind, sich an den Arbeiten für die Werbewoche mit zu beteiligen, treffen sich morgen Freitagabend pünktlich 18 Uhr in der Ratskellergasse 12. Zahlenmäßig Beteiligung ist unabdingt notwendig. Funktionäre haben volljährig zu erscheinen.

Anger. Sämtliche Funktionäre, arbeitsfreudige Genossinnen und Genossen, die sich an der Wahlarbeit und Werbewoche beteiligen wollen, treffen sich Freitag, den 16. September, abends 18 Uhr in der Grünen Rue, Bernhardstraße 28.

Neuschönfeld. Morgen Freitag, den 16. September, abends 18 Uhr, Funktionärsitzung im Sophienschlößchen, Konradstr. 20. Die Mitglieder der USPD. von L.-Neuschönfeld, die sich an den Arbeiten für die Werbewoche beteiligen wollen, sind zu dieser Sitzung mit geladen.

Neuenhain. Freitag, den 16. September, abends 8 Uhr, wichtige Funktionärsitzung im Goldenen Löwen. Ausstellung der Kandidaten zur Stadtvorordnetenwahl. — Von nächsten Sonntag an wird die Bibliothek wegen Neueröffnung aus vier Wochen geschlossen.

Ortsverein Sommerfeld-Engelsdorf-Baalsdorf. Die Partei-Genossinnen und Genossen, welche sich an der Agitation in der Werbewoche beteiligen (17.-24. September), werden gebeten, das Material bei dem Genossen Grieser, Klingerstr. 20, part., am 16. und 17. September in der Zeit von abends 5-7 Uhr abzuholen.

Südostbezirk. Die Versammlung findet heute abend im Gasthof Thüringia, Reichenhainer Straße, statt, nicht wie gestern angekündigt wurde.

Stötteritz. Freitag, den 16. September, abends 7 Uhr, in der Bibliothek. Ausgabe des Materials zur Werbewoche. Beiwohler, Funktionäre und Funktionärrinnen alle erscheinen.

Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleswig. Alle Genossen und Genossinnen, die sich an der Wahlarbeit beteiligen wollen, treffen sich morgen Freitag, abends 18 Uhr, im Goseneschlößchen Plagwitz. Eintritt frei.

Ortsverein Plagwitz-Lindenau. Die Kinder spiele finden morgen Freitag, ab ungünstiger Witterung in der Schulhalle, Ulzener Str. 14 statt. Treffen 18 Uhr an der Lindenauer Hütte.

Möckern. Freitag, abends 18 Uhr, im Karolabad, Sitzung sämtlicher Betriebsobligante, Funktionäre und Weißfassier. Die noch auftretenden Karten sind mitzubringen. Weiter werden alle arbeitsfreudigen Genossinnen und Genossen ersucht, ebenfalls sich einzufinden. Helft also für die Werbewoche mit arbeiten.

Ortsverein Döbeln-Dösen. Freitag, den 16. September, abends 18 Uhr, Sitzung aller Funktionäre und tätigen Genossen im Park Döbeln. Wichtige Tagesordnung. Pünktlich erscheinen.

Gruppenrat 7. Heute abend 7 Uhr Sitzung im Kartell, Zimmer 104.

Lebensmittelkalender für Freitag, den 16. September.

Für Haushaltungen.

Ausgabe. Hammelspeck (gute Qualität) für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene auf sämtliche vom Ortsamt für Krieger-Fürsorge ausgestellte Bezugskarten: Buchstaben A-B, von 9 bis 3 Uhr auf dem Schlachthof gegenüber dem Schauamt II, rechts 1. Tür. Pfund 5,80 M. Es erhalten bis zu 3 Köpfe 2 Pf., 4 und mehr Köpfe 3 Pf. Fleisch. Papier mitbringen.

Sächsische Angelegenheiten.

Bezirksoverbände und Gemeinden als Steuerenturrenten.

Mit einem Steuerstreit, der das allgemeine Finanzelend treffend illustriert, hatte sich der Dresdner Kreisausschuß zu beschäftigen. Der Bezirksoverbund Dresden-Neustadt hat unabhängig die Einführung einer Vergnügungssteuer nach dem Muster der Normativbestimmungen des Reichs beschlossen und einen Antrag der Radeberger auf Freilassung von dieser Bezirkssteuer, weil sie eine selbständige Vergnügungssteuer einführen will, abgelehnt. Gegen diesen Beschluß der Bezirksoverammlung hat die Stadtgemeinde Radeberg zwar Beschwerde erhoben, wohl aber hatte sie nunmehr einen selbständigen Steuerentwurf eingereicht, der gleichzeitig mit dem des Bezirksoverbands vorlag. Bei Genehmigung beider Vorlagen würde also eine Doppelbesteuerung der Steuerpflichtigen in Radeberg eintreten. Es kam deshalb zu einer längeren Debatte, in der zum Ausdruck kam, daß der Stadtgemeinde Radeberg das Recht zur Erhöhung einer solchen Steuer nicht abgesprochen werden könnte, andernfalls eine unzulässige Bezeichnung des Steuerrechts der Gemeinden vorlegen würde. Hinzu kommt, daß Radeberg bereits jetzt eine solche Steuer erhebt, wenn auch in beschränktem Umfang. Der Bürgermeister von Pirna bemerkte sehr richtig, daß man es hier mit einem der Fälle zu tun habe, wo die Konkurrenz zwischen Bezirk und Gemeinden klar

chen Reichsamtes, des Reichsfinanz- und des Reichsverkehrsministeriums, der sächsische Regierungsvorsteher Oberregierungsrat Schulte, se ein Vertreter der fünf Kreishauptmannschaften sowie Reichstags- und Landtagsabgeordnete. Präsident v. Delbrück wies in der Eröffnungsrede darauf hin, daß die Beratung nur informatorischen Charakter tragen müsse. Es wurden dann eingehend die Verhältnisse der Kreishauptmannschaften beleuchtet und die aufrechten Einzelungsvorschläge begründet. Neben den mündlichen Berichten überreichten die sächsischen Vertreter noch für jede Amts- und Kreishauptmannschaft schriftliche Werthe.

Der Vorsitzende der Landesgruppe Sachsen des Deutschen Beamtenbundes betonte in einer Anprache, daß Sachsen einen rein industriellen Charakter trage und Landwirtschaft nur wenig vorhanden sei. Die Prüfung erfuhr ein einheitliches Wirtschaftsgebiet mit leueren Verhältnissen, für das nur die drei ersten Ortsklassen in Frage kommen könnten. Nachdem die Vertreter der Kreishauptmannschaften die örtlichen Verhältnisse geschildert hatten, sprachen die Vertreter der Gewerkschaften, deren Ausführungen sich in gleicher Richtung bewegten, so daß der Reichsregierung gegenüber ein einheitlicher Wille zum Ausdruck kam.

Die Verhandlungen selbst konnten nicht durchgeführt werden, weil es an einem Vorschlag der Reichsbehörden fehlte. Der sächsische Regierungsvorsteher unterstützte am Schlusse der Verhandlungen die Forderungen der Organisationen in jeder Beziehung und wies darauf hin, daß sie äußerst maschvoll gehalten seien. Es dürfe darum auch verlangt werden, daß sie voll gewürdigt werden. "Die sächsischen Organisationen werden zu dem Entwurf der Ortsklasseneinteilung Stellung nehmen."

Zu den Vorgängen in der Chemnitzer Sipo

Schreibt die Chemnitzer Volksstimme:

Wiederholt schon ist in der blägerischen Presse erzählt worden, daß die sogenannten Rädelsführer bei der angeblichen Meuterei der 2. Hunderthälfte doch entlassen würden, während die übrigen mit einer Disziplinarstrafe davontämen.

Hier ist der Wunsch der Vater des Gedankens. Die Allgemeine Zeitung und ihre Geschwister möchten zu gern, daß Entlassungen erfolgen, und systematisch wird von gewissen Stellen aus dieser Wunsch immer wieder herausgestellt, mit dem ausgesprochenen Zweck, die Sipo-Mannschaften zu beunruhigen.

Wir können demgegenüber mit aller Bestimmtheit erklären, daß von Entlassungen keine Rede ist und keine Rede sein wird. Die Untersuchung ist zwar noch im Gange, aber es steht fest, daß die Rädelsführer überhaupt nicht geahndet werden kann. Das Vorgehen der Hunderthälfte wird disziplinell geahndet. Aber, noch einmal: entlassen wird niemand.

Wenn schon von Entlassungen die Rede sein soll, dann müßten einige andre Leute über die Klinge springen, die nicht zum Mannschaftsbestand gehören.

Eine zahlungsunfähige Stadt.

Die Stadt Buchholz im Erzgebirge hat dem sächsischen Gesamtministerium mitgeteilt, daß sie in ihren Kassen kein Geld hat. Damit sie die notwendigen Ausgaben bestreiten könne, sei es notwendig, ihr die noch nicht geahlten Staatsbeihilfen sofort zu überweisen oder zu genehmigen, daß die eingehenden Reichssteuerbeiträge nicht abgeliefert werden.

Automobil-Raub.

In der vergangenen Nacht zwischen 1 und 2 Uhr haben auf dem Dresdner Altmarkt zwei Unbekannte ein Auto genommen, um angeblich nach Frauenstein im Erzgebirge zu fahren. Kurz vor Frauenstein wurde der Kraftwagenführer von dem einen

Fahrer mit dem Revolver bedroht und in den Arm geschossen. Unter weiteren Bedrohungen haben die beiden Unbekannten den Kraftwagenführer aus dem Wagen gestoßen und sind mit dem gestohlenen Auto in der Richtung Teplich davongefahren. Der Verwundete hat sich noch nach Frauenstein begeben können, wo er in ärztliche Behandlung genommen wurde. Von den Tätern fehlt noch jede Spur.

Dresden. Der letzte der in Dresden befindlichen Sportlokale "Norm und Klasse" ist nunmehr auch polizeilich geschlossen worden. Die Einnahmen waren nicht so hoch wie bei den großen Konzernen, doch kommt eine ganze Anzahl Geschäftigkeit in Betracht.

Zehnthal. Im Munitions Lager II in Zeithain brannte am Montag ein Schuppen, in dem zur Vernichtung bestimmtes Pulver lagerte, vollständig nieder. Der Brand ist durch die Explosivität einer Granate hervorgerufen worden. Von der Bekämpfung des Feuers mußte wegen der Explosionsgefahr, die auch für die andern in der Nähe befindlichen Munitionsschuppen bestand, abgesehen werden. Der Brandherd war in weitem Umkreis abgesperrt.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.

Werdau. Nach der Feststellung des städtischen Wohnungsamtes haben in Werdau mehr als 350 Familien keine Wohnung. Dazu kommt, daß 146 Familien in vollständig überfüllten und ungeeigneten Wohnungen wohnen. Das Wohnungsamt weiß darauf hin, daß mit Rücksicht auf diese Tatsache Jungverheiratete Wohnungsuchende jahrelang warten müssen.</p

Wirtschaftliche Wochenanschau.

Die kranke Wirtschaft.

Die Wirtschaft Deutschlands ist wieder einmal in einen wilden Wirbel hineingeraten, das lieber, von dem sie seit dem Kriege geschüttelt wird und das nur der Ausdruck einer unerträglichen, durch die verheerenden Wirkungen des Krieges verursachten Steigerung des krankhaften Zustandes der kapitalistischen Wirtschaft im allgemeinen ist, hat wieder einen bedenklichen Höhepunkt erreicht. Der arme Patient ist bekanntlich im Besitz eines vorzüglich funktionierenden Lieberthermometers, dessen Schwankungen die Kälte und Erhöhungszustände des kranken Organismus getreu wiederspiegeln. Es ist das die

Valutaturve,

die seit einiger Zeit mit quellseliger Geschwindigkeit in die Tiefe stürzt. Es ist ein zäher und schmerhafter Fall, wie wir ihn seit den Januartagen des vergangenen Jahres nicht mehr erlebt haben. Damals war der Dollar auf den höchsten seitdem und bisher beobachteten Stand gestiegen. Für einen Dollar erhielt man 108 Mark. Aber diesem Sturz folgte bald ein Aufstieg des Marktes, der den Dollar binnen einigen Monaten auf weniger als 40 Mark herunterdrückte. Dann ging es sehr allmählich mit großen Schwankungen bis auf 60–65 Mark aufwärts, eine Bewegung, die knapp nach der Unterzeichnung des Ultimatums ein schnelleres Tempo annahm, um in den Tagen knapp vor und nach der Ablieferung der ersten Goldmilliarde in einen wilden Taumel auszuarten. Heute steht der Dollar bereits knapp unterhalb seines Standes vom Januar 1920, zur Stunde, wo diese Zeilen erscheinen, vielleicht sogar schon darüber. Und es ist vorläufig noch kein Ende des Sturzes abzusehen, seine Kraft zu erblicken, die dem rollenden Rad in die Speichen fallen könnte.

Welches sind die Ursachen dieser bängigenden Erscheinung? Beobachtet man das tolle Treiben, das sich seit einigen Wochen auf den deutschen Börsen abspielt, und zwar nicht nur auf dem Effektenmarkt, dessen wilder Hause-Taumel heute nur als Nestleg der Valuta-Baisse zu verstehen ist, sondern auch auf dem Devisenmarkt, so könnte man verflucht sein, der leider immer weitere Kreise der Bevölkerung erfassenden

Spekulationswut,

die systematisch von Spekulanten großen Stils geübt und für ihre edlen Zwecke ausgenutzt wird, die Schuld daran zu geben. Es kann auch keinem Zweifel unterliegen, dass der Aufstieg des Dollars diesmal nicht wie gewöhnlich von New York ausging, sondern von Berlin, und dass New York regelmäßig mit der niedrigeren Bewertung der Mark erst begann, wenn Wallstreet (der Neuhörter Börse) dazu von Berlin das Signal gegeben wurde. Unsere Geldsackpatrouille haben also diesmal nicht die bequeme Ausrede zur Hand, dass unsere Valuta deshalb sinkt, weil das Ausland das „Vertrauen“ in die deutsche Mark verloren habe und seine Mark-Bestände auf den Markt werfe, so dass das starke Mark-Angebot den Marktwert drücke, sondern es steht unzweifelhaft fest, dass die deutsche Spekulation es ist, die durch ihre ununterbrochene lieberhafte Nachfrage nach Devisen ihren Kurs hinaufzieht.

Nun ist es ein in der kapitalistischen Wirtschaft herrschendes Gesetz, dass die Spekulation zwar die durch die wirtschaftlichen Tatsachen gegebenen Tendenzen der Entwicklung unterstreichen und übertreiben, aber nicht aus dem Nichts hervorzaubern kann. Die Spekulation mag die Valuta-Baisse übertrieben, oder die zukünftige Baisse heute schon vorwegnehmen, die Baisse-Tendenz selbst muss aber in den wirtschaftlichen Tatsachen gegeben sein. Und diese sind diesmal nicht allzu schwer anzugeben: die spekulative Nachfrage nach Devisen unterstreicht nur oder nimmt vorweg die über die für die Zwecke der Einführung notwendige Nachfrage hinausgehende Nachfrage nach Devisen durch das Reich, das die Devisen zur Bezahlung der Reparationsmilliarden braucht.

Es wirft ein gretles Licht auf die „Vaterlandsliebe“ der bestehenden und mit Devisen und der Not des Volkes spülsterrenden Kreise, die von nationalistischen und patriotischen Phrasen triefende Parteien spielen, dass der durch und durch bürgerlich gesinnte Reichsanziger Wirth in öffentlicher Rede den „ungeheuren Egoismus“ und die vaterlandslose Gesinnung dieser Gelehrten, die dem Reich in seiner tiefsten Not die zur Bezahlung der ersten Goldmilliarde dringend benötigten Devisen vorenthalten, da sie auf das Steigen des Dollars spekulierten, an den Pranger stellte. Wie unzweckmäßig mühevoll sich dadurch für das Reich die Beschaffung der Devisen gestaltete und welche Opfer die Staats- und Volkswirtschaft dafür bringen musste, haben wir in unserer leichten Wirtschaftlichen Wochenanschau vom 8. d. M. ausführlich besprochen. In diesem Zusammenhange mag nur noch auf die amüsante Kontroverse hingewiesen werden, die sich aus Anlass der Reichsanzerrede zwischen Wirth und dem volksparteilichen Abgeordneten Leicht entspann. Von der Rede Wirths war ein Bericht veröffentlicht worden, der dem Reichsanziger die Behauptung unterstellte, dass das Großkapital aus Egoismus und Gewinnsucht dem Reich die Zahlung der Goldmilliarde erschwert habe. Darauf richtete Nießer als Vorsitzender des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes an Wirth einen Brief, in dem er diesen Vorwurf im Namen der Großbanken zurückwies. Wirth ist ein aufrichter Mann, aber mit den Banken darf es sich kein Kanzler der „sozialen“ Republik Deutschlands verderben. Darum weiste sich Wirth, Nießer zu erwidern, dass er gar nicht vom Großkapital, sondern nur von einer „Epoche des Hochkapitalismus“ gesprochen habe, der sich im wilden Börsentaumel der letzten Wochen geäußert habe und nicht von den Bauten, sondern nur von den – Devisenbesitzern und der Spekulation, die sich „von dem Gedanken der Gemeinschaft und des Vaterlandes“ weit fernhalte. Für den Einwohner sind auch diese Andeutungen viellagig genug. Nießer aber suchte die schweren Vorwürfe des Reichsanzigers noch einmal vom Großkapital auf die kleinen Mitläufer der Spekulation, die sich den Winkelbuden und Börsen auskunsten anvertrauen, abzuschleben und schreibt in einer Replik auf den Brief Wirths wörtlich: „Unter diesen Umständen (das nämlich auch die Kleinen spekulieren) erscheint es mir zum mindesten mißverständlich, aus Anlass solcher Zeitscheinungen

von einer Epoche des Hochkapitalismus zu sprechen“. O heilige Einsicht eines Vorsitzenden des Bankerverbandes! Er weiß nichts davon, dass eine Handvoll seiner Mitglieder und ihre Komplizen von der Industrie sich den Niedergang der Wirtschaft Deutschlands in den Kriegs- und Nachkriegsjahren zunutze gemacht haben, um die Herrschaft über sie nahezu ausschließlich an sich zu reißen. Er weiß nichts davon, dass diese Kreise es sind, die vermöge ihrer wirtschaftlichen Macht, ihres Exportes und ihrer Auslandsbeziehungen, die weit überwiegende Masse der Devisen in der Hand haben und das, wenn das Reich sich vom Großkapital keine Devisen verschaffen konnte, der Beweis dafür erbracht ist, dass die von Nießer gerühmte Ausübung eines entsprechenden Einflusses der Großbanken auf ihre Kundchaft zur Ablieferung von Devisen nur platonisch gewesen ist.

Was aber für uns an dieser Auseinandersetzung das wichtigste ist, ist die geradezu ungeheuerliche Tatsache, dass in unserer besten aller Gesellschaftsordnungen die Allgemeinheit in ihren lebenswichtigsten Bedürfnissen – und das ist augenscheinlich für die Allgemeinheit die Beschaffung von Devisen – auf Gnade und Ungnade der privatwirtschaftlichen Willkür der Kapitalisten ausgesetzt ist und sich mit einem Appell an ihren guten Willen begügen muss, der natürlich nutzlos bleiben und, wenn er dem privatwirtschaftlichen Profitinteresse der einzelnen im Wege steht. Freilich hat der Staat auch noch andere Zwangsmittel in der Hand, um diesen Zweck zu erreichen. Er kann den

Devisenverkehr regeln,

indem er eine Devisenzentrale schafft, die alle durch den Export hereingebrachten Devisen an sich zieht und sie nur den Interessen zur Verfügung stellt, die dringlichen Devisenbedarf – für Einfuhrzwecke – nachzuweisen imstande sind. Soll aber diese Einrichtung funktionieren, so ist unumgängliche Voraussetzung dafür, dass der Staat auch eine ständige Kontrolle des Exports durchführt, den Exporteuren der wichtigsten Industriezweige die Pflicht auferlegt, in Devisen zu fakturieren, d. h. sich von ihren ausländischen Kunden nicht in Mark, sondern in der betreffenden ausländischen Währung bezahlen zu lassen, und die Devisen den Außenhandelsstellen abzuliefern, die sie wieder der Devisenzentrale zur Verfügung zu stellen haben. Eine solche Organisation ist theoretisch möglich, aber wie steht es damit in der kapitalistischen Praxis? Nun, wir haben diese Praxis schon einmal miterlebt, wir haben eine Devisenzentrale gehabt und Devisenabsicherungszwang, wie wir eine Getreide- und eine Eisenbewirtschaftung hatten. Kurz, wir haben die Planwirtschaft gehabt und die Erfahrung damit hat unsere marxistische Erkenntnis bestätigt, dass jeder Versuch einer Wirtschaftsregelung scheitern muss, solange das die Anarchie der Wirtschaft bedingende profitwirtschaftliche kapitalistische Prinzip beibehalten wird. Überlässt man den kapitalistischen Unternehmen die Ausfuhr und versucht nur im Nachhinein, Hand auf ihre Devisen zu legen, so kann man überzeugt sein, dass sie Mittel und Wege finden werden, um der lästigen und ihren Profit beschneidenden Kontrolle zu entgehen und die Devisen „draußen“ hinzulassen.“

Aber trotz dieser Erkenntnis müssen wir doch jeden Versuch unterstützen – und, solange wir nicht die Macht haben, unsere sozialistische Erkenntnis in der Wirtschaft zum Siege zu führen, für ihn auf das energischste eintreten –, der der Profitwut der Kapitalisten im Interesse der Allgemeinheit die Flügel beschneiden will. Deshalb müssen wir heute, da die Frage der Devisenbeschaffung durch den Sturz der Valuta und den enormen Devisenbedarf des Reiches wieder brennend geworden ist, unsere Stimme laut für eine möglichst strenge Regelung des Devisenverkehrs erheben. Wie halbamtlich gemeldet wird, standen bereits Verhandlungen der Regierung mit den Bevölkerungskreisen der einzelnen Außenhandelsstellen über diese Frage statt, über deren Ergebnis nichts weiter bekannt wurde, als dass Einmündigkeit darüber erzielt wurde, „dass die Lösung der Frage der Devisenbeschaffung auf der Grundlage einer freiwilligen (!) Regelung versucht werden muss. Nun, wie willig sich die Kapitalisten dazu hergeben, ihre Devisen freiwillig abzuliefern, darüber weiß Herr Wirth ein Liedlein zu singen. Die Regierung dieses selben Herrn Wirth aber ist in einträchtigem Bunde mit den Vertretern der Kapitalisten – etwas anderes sind im Grunde genommen die Außenhandelsstellen nicht – der Auffassung, dass eine freiwillige Regelung der Devisenbeschaffung genügen würde. Man kann gespannt sein, was da wieder herauszuhauen wird, aber die bisherige Haltung der Regierung genügt als Beweis dafür, dass eine Kräfte der anderen kein Auge ausstellt, und wenn sie noch so – schwarz gespielt ist. Beim besten Willen kann Wirth nicht an der Spitze einer bürgerlichen Regierung auf wirtschaftlichem Gebiet, ebenso wenig wie auf politischem der Reaktion, dem Kapital entscheidende Erfolge abringen.“

Nehmen wir aber selbst an, das Problem der Devisenabsicherung wäre beständig gelöst, so wäre damit das Problem der

Devisenbeschaffung zu Reparationszwecken

noch immer nicht vollständig gelöst. Denn seine Lösung hat volkswirtschaftlich zur Voraussetzung, dass soll die Valuta nicht völlig in den Abgrund stürzen, die Ausfuhr durch die uns die Devisen zuliefern, die Einfuhr, für die wir Devisen abtreten müssen, um soviel übersteigt, als Devisen zu Reparationszwecken erforderlich werden – von sonstigem Devisenbedarf zur Zinsengzahlung für auswärtige Schulden usw. abgesehen. Ist das heute der Fall? Unsere Außenhandelsstatistik arbeitete bisher standlos langsam; sie hinkte gewöhnlich um ein gutes halbes Jahr hinterher und brachte selbst dann bloß für die Ausfuhr, nicht aber für die Einfuhr Wertangaben. Jetzt erst scheint sie einen Anlauf zur Besserung machen zu wollen, was um so dringender notwendig ist, als die Außenhandelsstatistik ja durch unsere Verpflichtung, 26 Prozent des Ausfuhrwertes als variable Reparationsrate zu bezahlen, von der größten finanziellen und steuerpolitischen, sowie wirtschaftlichen Bedeutung geworden ist. So konnten bereits die Bissern für den

Monat Mai angegeben werden, nachdem als letzte die des Monats Dezember bekanntgegeben wurden. Selbstverständlich aber sind die Außenhandelsziffern der dazwischenliegenden Monate noch nicht veröffentlicht worden, so dass wir auf einen Vergleich zwischen den Daten dieser beiden Monate angewiesen sind. Da ergibt sich, dass der Wert der Ausfuhr von 7863 Millionen (Papier-) Mark im Dezember 1920 auf nicht mehr als 4512 Millionen Mark im Mai 1921 gesunken ist. Für die Einfuhr sind uns die Wertziffern in keinem der beiden Monate bekannt. Der Menge nach ist die Einfuhr ebenfalls zurückgegangen, aber nur von 20 auf 15,8 Millionen Doppelzentner, während die Ausfuhrmenge von 17,6 auf 11,4 Millionen Doppelzentner, also absolut und verhältnismäßig viel tiefer gesunken ist: der Einfuhrüberschuss hat sich von 4,7 auf 6,2 Millionen Doppelzentner gesteigert.

Nun darf man freilich nicht übersehen, dass im Monat Mai der Druck der Weltwirtschaftskrise auch auf der deutschen Wirtschaft schwer lastete, dass die deutsche Valuta einerseits und die Inlandspreise andererseits sich so gehoben hatten, dass die Spannung zwischen Inlands- und Auslandspreisen und damit der Preisvorsprung der deutschen Konkurrenz auf dem Weltmarkt sehr herabgedrückt worden war. Der durch die allgemeine Krise geführte Weltmarkt war daher für deutsche Waren nicht mehr sehr aufnahmefähig. Dazu begann die gerade im Mai einsetzende Wirkung einer der wichtigsten wirtschaftlichen Sanktionen, der Rheinzollgrenze. Allzu tief waren übrigens die Wirkungen der Sanktionen auf die Ausfuhr nicht, denn die Ausfuhr Deutschlands nach England und Frankreich, den für die Wirkung der Sanktionen hauptsächlich in Betracht kommenden Ländern, war schon bisher verhältnismäßig geringfügig gewesen. Sie betrug im Durchschnitt der Monate Januar bis August 1920 6,4 bzw. 3 Prozent der deutschen Gesamtausfuhr und ging im Mai 1921 auf 4,2 bzw. 2,2 Prozent zurück.

Seit dem Mai hat sich die Situation aber sehr verändert. Die

wirtschaftlichen Sanktionen

sind zwar noch nicht aufgehoben, und wie französische der Regierung nahestehende Blätter zu melden wissen, werden sie auch am 15. September, dem vom Obersten Rat festgesetzten Termin, noch nicht aufgehoben werden, da die deutsche Regierung noch keine befriedigende Antwort darüber gegeben habe, wie sie sich zur Errichtung der Kommission zur Kontrolle der Ein- und Ausfuhr zwischen Deutschland und den westlichen Entente-Ländern (sies: Frankreich) stelle. Da nun die deutsche Regierung sich zu Verhandlungen darüber bereit erklärt hat, von Seiten der Entente aber die Verhandlungen bisher noch nicht aufgenommen würden, fällt die Verantwortung für eine weitere Fortdauer der Sanktionen ganz auf die Entente. Aber wie auch immer, die wirtschaftlichen Sanktionen lassen sich, da Deutschland jetzt ehrlich alle seine Kräfte anspannt, um seine Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen und zur Anspannung seiner Kräfte auch im ureigensten Interesse seiner Gläubiger völlige Bewegungsfreiheit im Innern (die Sanktions-Zollsgrenze geht ja durch das Innere Deutschlands!) braucht, nicht mehr halten. Was Frankreich retten will, sind nicht mehr die Sanktionen, sondern eine möglichst brauchbare Handhabe zur einseitigen vorteilhaften Regelung seiner Handelsbeziehungen mit Deutschland. Darum wird jetzt der Kampf bei der Errichtung der Kommission gehen.

Anderseits aber macht uns der jähre Sturz unserer Valuta mit einem Schlag wieder zu einem gefährlichen Konkurrenten auf dem Weltmarkt. Denn je tiefer und schneller die Valuta sinkt, desto mehr vergrößert sich vorübergehend die

Spannung zwischen Inlands- und Auslandspreisen.

Ein Beispiel möge dieses erklären. Knapp vor der Annahme des Ultimatums betrugen die deutschen Großhandelpreise nach dem Index der Frankfurter Zeitung ungefähr das 14fache der Friedenspreise, die amerikanischen Preise etwa das 13fache der Friedenspreise. Der Dollar im April 1920 wert war, so war sein innerer Wert gegenüber der Papiermark auf 14×4,2 : 1,3, das ist auf das 45fache gestiegen. Sein Valutawert bewegte sich aber damals um das 70fache des Papiermarkwertes. Diese Überbewertung des Dollars bzw. Unterbewertung der Mark gab dem deutschen Exporteur einen Vorsprung auf dem amerikanischen Markt, der der Spannung zwischen 45 und 70 entspricht. Inzwischen sind die deutschen Großhandelpreise nach dem letzten Ausweis der Frankfurter Zeitung, vom 2. September auf das 17fache der Friedenspreise, heute vielleicht schon auf das 18fache gestiegen. Aber auch die Weltmarktpreise sind, da inzwischen der tiefe Punkt der Weltkrise schon überschritten zu sein scheint, um ein wenig gesunken, die amerikanischen Preise etwa auf das 1,4fache des Friedensstandes. Sehen wir diese Zahlen in unsere obige Rechnung, so erhalten wir für den inneren Wert des Dollars das 70fache des Papiermarkwertes, sein Valutawert aber beträgt jetzt mehr als das 100fache – die Spannung ist von 45:70 auf 54:100, also ganz gewaltig gestiegen, und damit die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt.

Freilich konnten wir ausdrücklich vorübergehend. Denn erstens kann eine zu grosse Spannung zwischen Inlands- und Auslands Wert der Mark nicht von langer Dauer sein. Gelingt es nicht durch Anspannung der Ausfuhr den Auslandswert der Mark zu heben, so wird sich der Prozess der Anpassung der Inlands- an die Weltmarktpreise nicht vermeiden lassen. Wir können ja heute schon dieses erhellende Szenario – bei dem wir leider nicht bloß Zuschauer sind – beobachten. Nach der ersten für das allgemeine Preisniveau ausschlaggebenden Ware, dem Getreide, dessen Preise noch immer auf der alten Höhe geblieben sind, obwohl die Ernte im Verhältnis zum Vorjahr glänzend ausgefallen ist (nach der offiziellen Statistik wird der Ernteauftrag in Halmstädten in Piccielen allein für Anfang September auf 10.000 Millionen Doppelzentner gegenüber 9.000 zur gleichen Zeit des Vorjahres gestiegen) – die Ablieferungspflicht erstreckt sich für das ganze Reich bekanntlich auf 2½ Millionen Doppelzentner!), kommt die Kohle an die

Nelke: Gang und Ganglos wurden anlässlich der Vereinbarungen zwischen den Arbeitgebern und den Bergarbeitern über die Lohn erhöhung im Bergbau die Kohlenpreise um 21 Mark pro Tonne erhöht. Aber damit begnügen sich die Kohlenindustriellen nicht. Sie kündigen, kaum daß die neueste Preiserhöhung unter Dach und Fach gebracht ist eine neue Kohlenpreiserhöhung für den 1. Oktober an. Die Kohlenpreiserhöhung im Bunde mit der gleichzeitige vor sich gehenden Erhöhung der Eisenpreise, wird unmittelbar einer neuen Tendenz welle die Bahn einen, und ehe wir' uns dessen versetzen, wird die Spannung zwischen Inlands- und Auslandsseisen der Vorteil der neuzeitlichen Entwicklung der Markt wieder verschwunden sein, zurückbleiben wird nur die Steigerung einer andern, für die Arbeiterschaft höchst schmerzvollen Spannung: zwischen den zum Himmel stürmenden Preisen und den nur um einen kleinen Letztag festgesetzten Löhnen.

Abergesehen aber von dieser Tendenz des allmählichen Ausgleichs der Spannung zwischen Inlands- und Auslandswert der Markt wird die Vorteile immer mehr illusorisch gemacht durch die erfolgreiche Abwehr des Auslandes gegen das deutsche Valutadumping. Das konnte man auf der vor kurzem zu Ende gegangenen Leipziger Messe deutlich beobachten. Trotz des Valutasurzes verhielten sich die ausländischen Einkäufer äußerst "reserviert", so daß der erhohte Erfolg der Messe im großen und ganzen ausblieb, da die ungeheure hohen Schutzzölle in Italien und Spanien, England und Amerika die Einfuhr in diese Länder fast ganz erstickten.

Es ist ein trübes Bild, das uns der frische Wirtschaftskörper Deutschlands bietet. Von außen wird er auf das schwere von den Reparationsforderungen der Entente erschüttert, im Innern hin-tern die Fesseln der anarchistischen kapitalistischen Wirtschaft, die Profit- und Besitzgier der kapitalistischen Kreise die Wirtschaft an-

spannen. Es sind die Mittel und Kräfte, die sie zur Erfüllung ihrer durch die Reparationsverpflichtungen ins Ungemessene gestiegenen Aufgaben braucht. Und es wird nicht eher der Weg zur Heilung freigegeben, als daß nicht die Arbeiterschaft vereint dem Kapital abtritt, was es verweht, um schließlich den Bremskloß der kapitalistischen Wirtschaft vollends zu "jetzen".

Über die Valutabewegung der letzten Woche unterrichtet folgende Tabelle:

Es kosteten in Berlin	1. 7. 14	10. 9. 21	12. 9. 21	14. 9. 21
	Mark			
1 amerikanischer Dollar	4.12	100.51	106.35	109.84
1 englischer Pfund Sterling	20.43	475.15	394.10	408.05
100 holländische Gulden	180.00	3211.75	3346.05	3429.05
100 schwedische Kronen	112.50	2177.80	2257.70	2367.80
100 Schweizer Franken	81.00	1740.75	1835.85	1893.10
100 französische Franken	81.00	752.70	772.20	770.20
100 belgische Franken	81.00	738.25	761.70	768.70
100 italienische Lire	81.00	437.05	449.55	469.50
100 deutsch-österreichische Kronen	85.00	10.48	10.55	10.18
100 tschechoslowakische Kronen	-	122.35	127.10	132.85
100 ungarische Kronen	-	22.37	23.37	21.97

Gewerkschaftsbewegung.

Vom Metallarbeiter-Verbandsstag.

In der Mittwochtagung gab in fast vierstündiger Rede Genosse Dihmann den Bericht des Vorstandes. In großzügiger Weise gab Dihmann ein Bild von der gewaltigen Arbeit des Vorstandes in den letzten zwei Jahren. Dabei zog er auch die Bestrebungen der kommunistischen Gewerkschaftsgruppierter in den Kreis seiner Darlegungen, sehr oft heftig und mit den lächerlichsten Zutaten der unter der Wucht seiner Beweise ausschreitenden Kommunisten unterbrochen. Mit ganz besonderer Schärfe betonte Genosse Dihmann, daß die Selbständigkeit der Gewerkschaftsbewegung unter allen Umständen gewahrt werden muß, wenn nicht anders eine weitere Zersplitterung der Arbeiterbewegung und demzufolge eine Schwächung des Proletariats eintreten soll. Er betonte aber auch, daß nur mit den Mitteln des Klassenkampfes der Kapitalismus überwunden werden kann. Die SPD-Führer hatten schließlich die Parole ausgegeben, Dihmann fühlte anzuhören, was anfänglich auch erfolgt wurde. Aber die Wärme, mit der Genosse Dihmann seine angezeigte Rede vortrug, hatte bald das Eis, das die Haarsäule ausgelegt hatten, zum Schmelzen gebracht. Jeder, der nicht im kleinsten Fraktionsinteresse erstickte,

fühlte: hier spricht ein Mann, dem es ernst ist mit dem Kampf des Proletariats. Stürmischer, nicht endenwollender Beifall und Händeklatschen folgte seiner mit dem Ruf: Proletariat aller Länder, vereinigt euch! beendeten Rede. Und in diesem Augenblick erschien auf der Leinwand das amtliche Resultat von der eben abgeschlossenen thüringischen Landtagswahl, das verkündete, daß neben dem roten Sachsen nun noch ein rotes Thüringen vorhanden ist. Lebhafte Bravos folgte dieser Mitteilung.

Der Ausschußbericht erstattete der Kommunist Lang, der in leiner wenig markanten Rede sich nicht verkleben konnte, auf die bösen "Dihmänner" loszuschlagen. Wurde der Ausschußbericht fast ohne Unterbrechung angehört, so wurde es bedeutend lebhafter, als Haas, der Führer der SPD-Fraktion, als erster die Diskussion eröffnete. Haas zeigte sich als der typischste Vertreter der kleinlichen, engstirnigsten Parteimenschen. Klein in seiner ganzen Auffassung, kleinerlich in der Art seiner Kritik. Haas ist ein Mann, dem es nicht darauf ankommt, Kritik zu üben, um zu bessern, sondern dem es darum zu tun ist, Nach zu nehmen dafür, daß die rechtssozialistische Gewerkschaftsbureaucratie von der USPD in Stuttgart in das Kreuzfeuer sozialistischer Kritik gerückt wurde. Dabei ist Haas nicht in der Lage, die Dinge objektiv zu würdigen. Der Parteivorsitz hat seinen Blick umdüstert. Haas stand bezeichnenderweise starken Beifall auch bei der KPD, der er mit seinen unmissverständlichen Arglisten auf Dihmann praktische Hilfe brachte.

Sehr vorzüglich stand die Rede des Genossen Ziska-Berlin von der Haaschen ab. Genosse Ziska unternahm es mit Erfolg, die Haaschen Unzulänglichkeiten und Nörgeleien zu herzhaftigen und nochzauwiseren, welch gewaltiger Unterschied zwischen der Arbeit der Verbandsvorstände vor und nach Stuttgart besteht. Er kennzeichnete aber auch das verbandsgefährdende Verhalten der Kommunisten. Die Darlegungen Ziskas waren so vorzüglich, daß ihnen auch ein großer Teil der rechtssozialistischen Delegierten lebhaft zustimmte.

Zum Schluss der Mittwochtagung kam noch der Kommunist Walther zum Wort, der eine der bekannten politischen Konfusionsreden hielt.

Die Lohnbewegung der Sattler, Tapezierer und Portefeuillisten.

Wir berichteten vor einiger Zeit, daß eine Betriebsrätegruppe der Lederwaren-Reise- und Sportartikel-Branche im Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuillisten-Verein gegen die minimale Erhöhung der Löhne durch die zentralen Verhandlungen protestierte und versprach zur Verbesserung ihrer Lebenslage auch vor den schärfsten Mitteln nicht zurückzuschrecken. Auf Beschluss einer Mitgliederversammlung beschloß sich am 30. August eine Sitzung der Betriebsräte und Betriebsleute mit der Frage einer Verbesserung der Löhne. Die Debatte, die sehr gründlich geführt wurde, ergab dann den einstimmigen Besluß, an die Unternehmer die Forderung auf Gewährung einer Wirtschaftshilfe zu stellen. Diese sollte betragen: Für Ledige 300 Mark, für Verheiratete bis mit 3 Kindern 400 Mark, für jedes weitere Kind 50 Mark, für alle weiblichen Arbeiter 250 Mark. Zur Verhinderung über das Ergebnis der gestellten Forderungen hatte die Ortsverwaltung die in der Branche Beschäftigten für Montag nachmittag während der Arbeitszeit zu einer Versammlung eingeladen, die glänzend besucht war. Kollege Daseke eröffnete im Auftrag der Ortsverwaltung Bericht. Er schilderte in kurzen Worten den Verlauf der Verhandlungen vom Tage der Einreichung bis jetzt. Auf die am 14. September stattfindenden Reichsolarbeitsverhandlungen eingehend, betonte Kollege Daseke unter Zustimmung der Versammlung, daß es ein Ende haben müsse mit dieser Art der Abschaltung und mit den Bettelpennien, die man bisher immer der Kollegenschaft zu bleiten gewohnt habe. Würden die Verhandlungen diesmal nicht das bringen, was zum Leben notwendig sei, dann müsse die Kollegenschaft bereit sein, dafür in den Kampf zu treten. Kollege Döbler ergänzte den Bericht und trat den Ausführungen Dasekes vollinhaltlich bei. Er betonte, daß in dieser Zeit der enormen Tendenz vereint die Arbeiterschaft sich nicht mehr an Händen und Füßen fesseln lassen dürfe. Von allen Rednern wurde die Kampfbereitschaft betont und gesagt, sofort in den Kampf zu treten, wenn der Ausgang der Verhandlungen wieder so wenig zufriedenstellend sei, wie am letzten Mal. Wenn die Versammlungen heute noch Abstand nehmen von weiteren Schritten, so bloß deshalb, um den Ausgang der Verhandlungen abzuwarten. Es wurde dann eine Resolution angenommen und beschlossen, diese dem Unternehmer während der Verhandlungen zugänglich zu machen. In der Resolution heißt es u. a.: "Sollten die in dieser Woche stattfindenden Tarifverhandlungen nicht einen Lohnausgleich für die rückliegenden Wochen und für die Zukunft ein ausreichendes Existenzminimum bringen, so seien sich die Versammlungen gezwungen, letzteres zu erlämpfen. Sie beauftragen ihren Zentralvorstand mit aller Energie dafür zu kämpfen, daß ein weiteres Sinken des Existenzminimums verhindert wird."

Kollegenschaft verhindert wird. Die Versammlungen geloben, daß sie unter allen Umständen hinter den Zentralen stehen, ganz gleich zu welchen Weisnahrmen der Zentralvorstand aufrufen wird. Gleichzeitig fordern sie wiederum vom ADGB eine Zusammenfassung der jetzt schwelenden Lohnkämpfe, der nur dadurch ein Erfolg für die Arbeiterschaft verbürgt ist. Der zusammengehaltene Macht des Unternehmertums muß die geschlossene Front der Arbeiterschaft entgegengesetzt werden."

Die Unternehmer mögen es sich eine Warnung sein lassen. Das Vorgehen der Leipziger Kollegenschaft mag den Herren zeigen, daß die Arbeiterschaft zu allem entschlossen ist.

Kino-Angestellte.

Vom Reichsarbeitsministerium erhielten wir unter dem 10. September die Mitteilung, daß der am 11. Juli 1921 abgeschlossene Tarifvertrag für die in den Lichtspieltheatern Beschäftigten ab 15. August 1921 Rechteverbindlichkeit erlangt hat. Den Angestellten steht somit auf die Zahlung des Tariflohns ein klippes Recht zu. Sollte in einzelnen Fällen der Tariflohn noch nicht gezahlt werden, so steht es den Betreibenden frei, von ihrem Rechte Gebrauch zu machen. Auskunft erhielt

Deutscher Transportarbeiterverband, Sektion Kinematographen- und Film-Angestellte, Gerberstraße 1, II.

Rohproduktentnahmen.

Durch Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses vom 12. September 1921 sind die Löhne für die Arbeiter und Arbeiterinnen im Rohproduktentnahmen wie folgt festgesetzt:

Für Arbeiter	bis 10 Jahre	200 M.	Wochenlohn
"	von 11-21 Jahren	215 "	"
"	21-24	250 "	"
"	über 24 Jahre	285 "	"

Verheiratete erhalten einen Zuschlag von 30 M. für die Woche, die Kinderzulage beträgt 8 M. Für Kutscher und Kraftwagenfahrer wird ein weiterer Zuschlag von 35 M. für die Woche gezahlt. Arbeiterinnen erhalten: a) Anfängerinnen und Nichtarbeiterinnen 140 M. Wochenlohn, b) Vollarbeiterinnen und geübte Sortiererinnen 175 M. Wochenlohn. Die Löhne gelten von der zweiten Lohnwoche des Septembers 1921 ab.

Die Verbandsleitung hat sich dem Schiedsspruch unterworfen und wird dessen Rechtmäßigkeitserklärung beantragen. Zwischenzeitlich rufen wir unter Mitglieder, in den Betrieben die neuen Lohnsätze zu fordern.

Deutscher Transportarbeiterverband, Verwaltungsstelle Leipzig.

Ausperrung der Metallarbeiter in Dresden?

Der Verband der Metallarbeiter hat am Mittwoch dem Verband der Metallarbeiter ein schriftliches Ultimatum gestellt, nachdem die Arbeit zu den Bedingungen des Schlichtungsausschusses bis zum Freitag wieder aufgenommen werden muß. Wenn die Arbeiter dieser Forderung nicht nachkommen, so wird die Ausperrung in allen Betrieben vorgenommen.

Streik in Schlesierländern von Lehesten.

Auf den Schlesierländern in Lehesten in Sachsen-Meiningen haben 1200 Arbeiter wegen Lohnstreitigkeiten die Arbeit niedergelegt.

Die Verhandlungen im Berliner Hotelgewerbe gescheitert.

Die zweite Tarifverhandlung zwischen der Arbeitsgemeinschaft der Organisationen von Hotelbetrieben, Restaurants und Cafés und den Vertretern der Arbeiter begonnenen Verhandlungen sind am Mittwoch gescheitert. Es wurde ein Wochenlohn für die Kellner von 500 bis 750 M. gefordert. Die Arbeitgeber bezeichneten die Billigung dieser Forderung als ausreichend.

Ausland der Straßenbahner in Stuttgart.

Die Angestellten der städtischen Straßenbahnen haben mit 1620 gegen 92 Stimmen den Schiedsspruch des Schiedsgerichts über die von ihnen geforderten Lohnsteigerungen abgelehnt und sind in das Ausland getreten.

Neuer Streik in Mitteldeutschland.

Das Grubenunglück vom 28. Mai dieses Jahres auf dem Ha-Schacht bei Meuselwitz, bei dem eine große Anzahl von Bergleuten durch plötzlich eindringende gewaltige Wassermassen überrascht wurden und den Tod fanden, hat jetzt ein Nachspiel. Auf allen Werken des Meuselwitzer Braunkohlendorfes sind am Mittwoch die Bergarbeiter in den Ausstand getreten, um die Ablösung eines Obersteigers zu erzwingen, der das Unglück verschuldet haben soll.

Im Mansfelder Gebirgskreis sind am Mittwoch die gesamten Landarbeiter in den Streik getreten, um unter allen Umständen den Abschluß eines Tarifvertrages, den die Arbeitgeber bisher abgelehnt haben, zu erreichen.

Herbst u. Winter Moden

Herbstmantel

Jugendliche Form, Raglanschnitt, aus kräftigem Fantasiestoff

130

Herbstmantel

a. mod. Noppe, in hell. u. dunkl. Farb.

195

Wintermantel

aus meliert. und kariert. Wollflausch

325

Wintermantel

a. g. Esk. m. r. Stepp., in hell. u. dkl. Farb.

495

Plüschi-Mantel

Seal, gepresst, ganz gefüttert

995

Velour du Nord-Mantel

850

125 cm lang, durchweg gefüttert

Astrachan-Mantel

595

120 cm, auf Clothfutter

Pers.-Krimmer-Mantel

995

ganz auf Clothfutter

Jackenkleid

a. gut. marinebl. St. m. Tressenbesatz

350

Jackenkleid

495

a. reinw. blau. Kammgarn, ganz gef.

Jackenkleid

695

a. reinw. Gabard., v. Farb., a. Serge gef.

Jackenkleid

895

a. reinw. gew. Stoff, Ers. f. Mußarb., a. Serge gefüttert . . .

Rennen in Leipzig

Sonnabend, den 17. September 1921, und
Sonntag, den 18. September 1921, nachmittags 2½ Uhr

**Flachrennen * Gesamtpreise
402000 Mk.**

öffentlicher Totalsalor. Wettaufträge werden in der Wettnahmestelle Leipzig, Barfußgäßchen 8, entgegenommen. Laufende Konten werden jederzeit eingereicht; Bedingungen sind kostenlos erhältlich.

Gasthof Neustadt

Leipzig-Neustadt. — Fernruf 60688.

Morgen Freitag: **Elite-Ball.**

Bestendhallen

L.-Platz 3. Hochstraße 41. Straßenb. 2, 3, 5. Tel. 40865

Modernster Saal Leipzigs

Freitag und **Große Ball-Feste**

Sonntag **Vorläufiges Ballorchester** ::::: **Neueste Schlager**

Grüne Schänke L.-Anger

— Fernruf 60345. —

Morgen Freitag: **Elite-Ball.**

Leipziger Palmen-Garten

Unsere herrlichen Säle stehen den geehrten Familien für Privatfestlichkeiten, Vereinigungen und Gesellschaften usw. zur Verfügung.

Zur Beachtung! Die Ein- und Ausgangsmöglichkeit an der Plagwitzer Seite fällt wochentags außer an Veranstaltungen von 6 Uhr abends an vom 1. Oktober an weg.

Pa. Weizenmehl Pfund 3.65 bei 5 Pfd. 3.60

Erstklassiges Schmalz Pfund 15.00

Tafelmargarino, frisch Pfund von 10.50 an

Vollrös. Pfund 4.00 und 4.50

Honig Pfund-Würfel 4.20

sowie alle Lebensmittel und Waschartikel bekannt gut und billig.

Dyck Stötteritzer Straße 8b. —

Telephon 4904.

Eig. Öffnung

Fahrradhause Kleinjohner
Schwarzestraße 6.....
Reparaturwerkstätte J. Motor- u. Fahrräder
Schreib- u. Nähmaschinen. Emailierung
Verbindung / Erzeugnisse. Gehr. Hoffmann.
Del! Benzin!

Lichtspiele Alberthalle

Ab Freitag, den 16. September

Der mit großer Spannung erwartete GLORIA-FILM ist eingetroffen

Die Nacht ohne Morgen

Großer Zirkus-Sensationsfilm in 6 Akten nach dem bekannten Roman von PAUL ROSENHAIN

Dieser Film wurde im Juli d. J. hier in der Alberthalle aufgenommen.

Hauptrollen:

Eugen Klöpfer Hanni Weise.....

Albert Steinrück Grit Hegesa

Hans Mierendorf Herta Chaveriate

sowie der weitere Spielplan

Anfang Wochentags 1/25 Uhr —
Beginn der letzten Vorstellung 1/9 Uhr.

Kammer-Lichtspiele

Windmühlenstrasse 7 — Am Königsplatz

Unwiderruflich heute letzter Tag! —

Die grosse Begeisterung

aller Interessenten, welche diese Woche unser Theater besucht haben, ist der beste Beweis von der ganz ausgewöhnlichen Güte unseres Spielplanes.

Mit beispiellosem Interesse

verfolgt der Besucher die letzten 10 Akte des grossen amerikanischen Sensationsfilms.

Mit Büchse und Lasso

In der Hauptrolle: **Eddie Polo** Amerikas bedeutender Cowboy

5. Episode: Durch Not und Tod 6 Akte 6 (Schluss) Episode: Glühende Rache 4 Akte 4

Jeweils Beginn: 4, 6½, 8½ Uhr. Einlass 3½ Uhr.

10 Akte 10

Olympia-Tanzpalast

Leipzig, Wurzner Straße 77. — Telefon 61246.

Morgen Freitag

Ein Ballfest in der Schweiz

Wein-Abteil. Diele.



Wilhelm Rode

Hauptgeschäft:

Reitzenhainer Str. 3

Filiale: Südstrasse 121 (am Kreuz)

Fernruf 4867 und 35406.

Größte Auswahl

In sämtlichen Raucherbedarfsgeschäften.

Konkurrenzlose Preisstellung.

Billige Rauchtabake!

Im eigenen Tabakstüberlager ausgewogen!

Uebersee-Rippen geschnitten und gewalzt, 1/2 Pfd. 500

Rein Uebersee Feinschnitt, ohne Zusatz von Rippen, 100 gr 4.00 1000

Schwarzer Krauser feinerwolliger Qualitäts-Shag 100 gr 500

Rein amerikanischer Tabak vorrätig in Fein- und Grobschnitt, leicht 100 g 5.00, 1/2 Pfd. 1200

Uebersee-Krull rein Ueberseeblatt-schnitt, mit Virginia gemischt, kräftig 100 g 550

Portorico Mittelschnitt, würzig und aromatisch 100 g 600

Kentucky Blättertabak, ungeschnitten besonders kräftig 1/2 Pfd. 1500

Albertgarten.

L.-Ost. Straßenb. 20 u. 21 ab Augustuspl. 10 Min.

Morgen Freitag, das beliebte

Grosse Ballfest

Vornehme Aufmachung — Radeke-Orchester

Eintritt jetzt 4½, Anfang 5, Ende 11 Uhr

Lindenfels

Karl-Heine-Straße 50 Fernruf 18196/96

Morgen:

Zusstifia

Der italienische Sensations- und Abenteuer-Film in 6 Akten

Mit diesem Film werden Höchstleistungen an Schönheiten und prachtvollen Aufnahmen geboten, die nicht zu übertreffen sind.

Jacks Geheimnis

Die Geschichte eines Dokumentes in 5 Akten

Hauptrolle: Der Ute Jack.

Wintergarten

Eilenbahnstraße 50 Fernruf 18195/90

Morgen:

Goliath Armstrong

(Der Hercules des schwarzen Bergs)

II. Teil: Auf Leben und Tod

Sensationsfilm in 6 Akten.

Oya Mara

Aus den Memoiren einer Filmschauspielerin (Inbistrektionen aus dem Glashaus) 5 Akte.

Licht- U.T. Spiele

Ab heute

Uraufführung!

Ab heute

Bruno Kastner

in seinem neuesten Monumental-Gross-Film

Der Silberkönig

In 4 Teilen — 24 Akten

I. Teil 7 Akte

Drama aus der hohen Gesellschaft unter Mitwirkung

erster Kräfte, wie:

Bruno Kastner, Eva Speler, Leopold von Ledebur,

Nien-Sön-Ling, Karl Platen, Hermann Fischus usw.

II. Teil 7 Akte

Der II. Teil: Der Mann der Tat

folgt anschliessend ab Freitag.

den 23. September 1921

ausserdem der reichhaltige Spielplan.

Anfang 4 Uhr

Neues Theater.

Augustusplatz. (Komödie verboten.) **Bernkast** 1416.
Donnerstag, den 15. September: Selbstz. Hoffvorstellung für den Weißbüchertheater 2. Band: Die Meistersinger von Nürnberg. Anfang 8 Uhr. Freitag, den 16. September: 102. Meisters.-Vorstellung (3. Folge, gelb). Sonnabend, Anfang 8 Uhr. Mittern. Preise.
Sonntag, den 17. September: 103. Meisters.-Vorstellung (1. Folge, gelb). Der Wohndienst. Anfang 7½ Uhr. Einmale Preise.

Allies Theater.
Richard-Wagner-Play. (Komödie verboten.) **Bernkast** 1416.
Donnerstag, den 15. September 1921
Szenenfeste
zugleich Kostümvorstellung für das Weißbüchertheater
(Weiß. Theat., Nr. 1001—2000)
Die Stürzere.
Eine Szene von August Strindberg. Deutsch von Emil Schering.
In Szene gelegt von Paul Stein.
Personen: Frau L., Schauspielerin, verheiratet (Agnes bei Santo); Gräfin M., Schauspielerin, unverheiratet (Margarete Union).
Geschieht: Die Ehe eines Damencasinos.

Der Schlägertententer.

Komödie in einem Akt von Bernhard Shaw.
Deutsch von Siegfried Reibisch.
In Szene gelegt von Dr. Adolf Windt.
Personen: Adelheid (Eugen Weber); Ein Lieutenant (Mr. Schaeffer); Eine fremde Dame (Martina Lilo); Giuseppe Grambi, Wallfahrer (Max Kühl).
Schauplatz: Tobazano, ein kleiner Ort auf dem Wege von Mallana nach Sohl.
Der Bär.
Komödie in einem Akt von Anton Tschechow.
In Szene gelegt von Herbert Höhner.
Personen: Delio (Anton Popoff), eine junge Witwe, Gutsbesitzerin (Name del. Santo); Valerij (Stepanowitsch Simeonov), Gutsbedienter (Max Kühl); Lula, ein alter Dienst der Popoffs (Wilhelm Knoll).
Achtung! Der Handlung: Wohnungsmutter auf dem Gut des Popoffs.
Einlaß Preise: Einlaß 7 Uhr, Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10 Uhr.
Freitag, den 16. September: Oeffentliche Vorstellung, zugleich Kinderv.-Vorstellung. Mit den Gewerkschaftsbund der Angestellten: Doyenfeilbund, Anfang 7½ Uhr. Einlaß Preise.
Sonnabend, den 17. September: Wel. aufgehobenes Kinrecht: 100. darf! Anfang 8 Uhr. Einlaß Preise.

Neues Operetten-Theater.

Vossstraße. (Komödie verboten.) **Bernkast** 2484.
Donnerstag, den 15. September 1921
Die Dollarprinzessin.
Operette in 2 Akten von K. W. Müller und Friedich Grünbaum (mit Bemühung des Aufzuges von Gatti-Trotta).
Musik von Leo Fall.
Über: Cabaret.
In Szene gelegt von Robert Groß. Musikalische Leitung: Kurt Abel. Einlaß Preise: Einlaß 7 Uhr, Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10 Uhr.
Freitag, den 16. September: Die Spanische Nachttigall. Anfang 7½ Uhr. Einlaß Preise.
Sonnabend, den 17. September: Das Goldamselfchen. Anfang 7½ Uhr. Einlaß Preise.

Krystall-Palast

Täglich abends 1½ Uhr:
Ukrainischer Chor
27 Personen sowie das weitere erstklassige
Großstadt-Programm

Bottenberg

Varieté Tel. 1370 **Theater** Anfang 8 Uhr
Leipzigs Liebling Gustav Bertram
Marga Peter v. Apollo-Theater, Düsseldorf, als Gast in
Das Mädel vom Kabarett
Vorverkauf: Tageskasse 10—2 und Zigaretten-Geschäft K. Hirsch, Katharinenstrasse 6.

Volks-Varieté

Europäische Börsenhalle

Katharinenstraße 12

Wieder-Eröffnung Freitag, 16. September

10 Attraktionen

Täglich Anfang 7 Uhr
Eintrittspreis 2.40 Mk.

Sonntags 2 Vorstellungen

Der
Goldne Helm Eutinisch
Str. 10
Gefestl. u.
Dörflich. Et.
im neuen Gewand
Inhaber: Mag. Sonnats
Jeden Freitag und Sonntag
Der vornehme Ball
Ren! Ren! Diele
Diele des Nordens!

Gasthof Stünz.

Morgen Freitag, ab 6½ Uhr

Der beliebte Freitags-Ball.
Eintritt 2.50 Mk. Tanz frei.
Erstklassiges Ballorchester, Dir. August Hess.

Neues Schauspielhaus.

Poststraße 1710 **Direktion: Art. Blechner.** **Bernkast** 1000
Donnerstag, den 15. September 1921, abends 8 Uhr
Borek's Gaufpiel Anton Brand.
Die Sage mit Lola.
Schrank in drei Akten von Rudolf Bernauer und Rudolf Schäfer.
In Szene gelegt von Anton Brand.
Personen: Sebastian Österlein (* * *); Jenova, seine Tochter (Stella David); Maria Josepha, deren Tochter (Milde Brand-Witt); Edgar Busch, berent. Bräutigam, Photographe (Klaus Wermel); Dr. med. Altmüller (Oskar Berger); Lola Lenz, Ausbäuerin eines Dorfes (Elisabeth Maria Margot Höller); Klappsy, Ausbäuerin bei Lola (Elisabeth Maria Margot Höller); Ritter, Bergbaumeister bei Busch (Fritz Strell); Victoria Bergbaumeisterin, Erbschaftsbraut (Elisabeth Maria Margot Höller); Ritter, Bergbaumeister im Hotel Ulrich (Else Schmidt); Frau Sondermann (Grete Schieber).

Sebastian Österlein — Art. Anton Brand a. C.

Einfahrt 7½ Uhr, Anfang 8 Uhr. Ende 9½ Uhr.
Freitag, den 16. September, abends 8 Uhr: Letztes Gaufspiel
Anton Brand. Die Sage mit Lola.

Samstagabend, den 17. September, abends 7½ Uhr: Begrenzt der Winterzeit.

Der erste Eintrittspreis des neuen Geschäftsjahrs kostet sonst vom 1. bis 31. September 1921. Die noch nicht eingetreteten Kontrollmarken der alten Jahresarten müssen im Laufe des Septembers einzeln werden. Nur die Einlösung des 16. Spielabnichts steht freigeleistet.

Kleines Theater.

Telefon 12900 **Direktion: Art. Blechner.** **Ellerstraße 42**

Donnerstag, den 15. September 1921, abends 7½ Uhr

Nicarao's Hochzeit.

Komödie mit Witz in 3 Aufzügen von Beaumarchais.
Mit Bemühung des Bühnenvereins der Kleine Theater bearbeitet und inszeniert von Otto Stoeckel.

Musikalische Leitung: Rossmannler Hans Richter.

Einlaß 7 Uhr, Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10½ Uhr.

Freitag, den 16. September, abends 8 Uhr: Nicarao's Hochzeit.

Komödie in fünf Aufzügen von Beaumarchais.

In Borederistung: Helben, Komödie in 3 Akten von Bernd Schw.

Leipziger Volkstheater.

Dir. Max Samlit. Geschäftl.: Johanniskirche 30, Hof Tr. C.

Donnerstag, 8 Uhr, in den Drei Mohren, Dresdner Straße

Emilia Galotti

Von G. E. Lessing.



Direktion: Joseph Bild

Eröffnung: 16. September, 8 Uhr
Wünsch's Marionetten-Theater

und Theatrum mundi

im Eldorado, Pfaffendorfer Straße 4.

Dreilinden

Heute abend 1½ Uhr:

Der große Varieté-Erfolg
12 erstklassige Attraktionen

Zornay Haydn

Skandinavens Beste Tänzerin

Dr. Angelos

leb. Marmorskulptur

Mme. Laure

die tollkühne Schönheit

sowie die weiteren Attraktionen.

Vorverkauf: Tageskasse 10-2 Uhr (Tel. 43543), Th. Althoff, Petersstr., Konsumv., Karl-Heine-Str.

Apollo-Varieté

Direktion: Bayreuthischen Bahnhof

Täglich
1½ Uhr:

Der glänzende Varieté-Spielplan

12 erstklassige Attraktionen

u. a.

Hans Heye-Ballett

30 Mitwirkende mit der grossen

Modenschau

Die Presse schreibt: Der September-Spielplan steht auf
seiner Höhe. Er verdient allabendl. ausverkaufte Häuser.

Vorverkauf: Tageskasse 10—2 Uhr, Tel. 11111, Warenhaus Th. Althoff, Petersstr.

Nachtfalter

Mainstrasse 18

Allabendlich 7½ Uhr

Kabarett.

>>> * <<<

Eiskellerpark

Morgen Freitag sowie jeden Freitag
Der grosse Ball-Betrieb.

Pantheon
Dresdner Str. 20 Fernspr. 15957
Freitag u. Sonntag Großer Elite-Ball.

schuhe

zu bekannt
billigen Preisen!

Kinder-Stiefel
zum Schnüren, R-Box
Größe 31-35 68.—, Größe 27-30 58.—

Damen-Halbschuhe 98.—
R-Chevr., R-Box, eleg. Form

Frauen-Schnürstiefel 98.—
Chr. Chevr., eleg. Absatz, gute breite Form

Herr.-Schnürstiefel 125.—
R-Box, durchgenäht, Derby

Verkauf im 1. Stock

JKL
Gebrüder

Jetzt ist es Zeit! Winterhüte für Damen

werden in meiner Hutfabrik nach neuesten Modellen schnell und preiswert umgesetzt

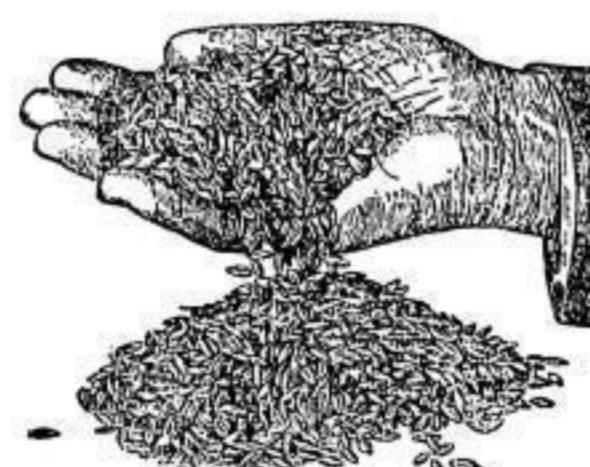
Elisabeth Schulze Katharinenstraße 13 und Königsplatz 7, Ecke Markthallenstr.

Gamaschen & Gürtel

von 50 Mark an von 1 Mark an
sehr solide Qualitätsarbeit Direkter Verkauf ab Fabrik!
Eigene Fabrikations- und Reparaturwerkstatt Vorteilhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer!

Karl Blaich Windmühlenstraße 32 Tauchaer Straße 16

Es liegt auf der Hand



dass das Köstritzer Schwarzbier aus der Fürstlichen Brauerei Köstritz ein wundertäglicher Trank für Gesunde, Kranke und Rekonvaleszenten, für Wöchnerinnen und stillende Mütter sein muß, wenn man berücksichtigt, daß obige Mengen besten Gerstenmalzes, rd. 3000 Gerstenkörner, dazu gehören, um einen halben Liter dieses altberühmten Bieres herzustellen. Wir verwenden weder Zucker oder dergl., noch Reis oder Mais.

Köstritzer Schwarzbier ist zu haben bei:

Kitzing & Heibig, Leipzig, Hoherstraße 28, Fernsprecher 3136
R. Dietrich, Delitzsch
O. Franz, Thümmelstraße 12
H. Geißler, Delitzscher Straße 66
F. Goldberg, Arndtstraße 25d
E. Gründel, Moitzkestraße 54
H. Kell, Barfußgäßchen 15
O. Kühne, Dimpfelstraße 19
R. Küster, Mölkauer Straße 23
H. Labun, Nechl., Querkstraße 11
O. Möllmer, Wüchterstraße 24
A. Müller, Schnorrstraße 9

20 Flaschen Mk. 40.—

Verlangen Sie das echte Köstritzer bei Ihrem Kaufmann und achten Sie darauf, daß das Flaschen-Etikett das Fürstliche Wappen aufweist.